

Einwohnerrat; Sitzungsprotokoll

Datum	25. Januar 2024
Zeit	19:30 Uhr bis 22:40 Uhr
Ort	Aula Lenzhard
Vorsitz	Beat Hiller, Einwohnerratspräsident
Anwesende	38 Mitglieder des Einwohnerrats 4 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigte	Daniel Mosimann Marvin Meier Manuel Silva
Protokollführung	Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahmen
3. (23/79) Sport- und Freizeitanlage "Wilmatten"; Erstellung eines Kunstrasenplatzes, Erweiterung des Geräteunterstands, Erneuerung der Beleuchtung sowie Anschaffung von Maschinen und Geräten für den Platzunterhalt; Kreditabrechnung
4. (24/83) Bau- und Nutzungsordnung; Teilrevisionen Müli-Märt, Artozareal, Zeughausareal und Umsetzung; Verpflichtungskredit
5. (24/84) Reglement über die Gebühren im Bauwesen; Revision 2024
6. (24/86) Schulraumplanung Stadt Lenzburg; Schulraum-Provisorium Oberstufenzentrum Lenzhard; weitere Planung
7. (23/75) Schriftliche Anfrage; SP; SWL-Grundpreis; Beantwortung
8. (23/73) Schriftliche Anfrage; SVP; Umgang mit Einwendungen/Beschwerden bei Baugesuchen im vereinfachten Verfahren; Beantwortung
9. (23/74) Schriftliche Anfrage; die Mitte; Saviva; Standortattraktivität; Beantwortung
10. Umfrage

Verhandlungen:

1 **Mitteilungen**

Einwohnerratspräsident Beat Hiller (GLP): Ich begrüsse euch ganz herzlich zur ersten Einwohnerrats-sitzung 2024. Wir nehmen nun die zweite Hälfte der Legislatur in Angriff. Ich wünsche euch allen persönlich gute Gesundheit, viel Glück und uns hier im Einwohnerrat gute Geschäfte und Debatten. Wir haben viele Themen heute, deshalb beginne ich gleich.

Das Protokoll der Sitzung vom 26. Oktober 2023 wurde am 16. Januar 2024 online gestellt. Das Pro-tokoll der Sitzung vom 1. Dezember 2023 ist noch in Arbeit.

Die Beschlüsse, welche aus der Einwohnerratssitzung vom 1. Dezember 2023 dem Referendum un-terlagen, sind am 8. Januar 2024 in Rechtskraft erwachsen. Anwesende Auskunftspersonen sind Christoph Hofstetter und Alessandro Savioni. Entschuldigungen haben wir von Daniel Mosimann, welcher sich nach einer Daumenoperation auskuriert. Entschuldigte Einwohnerräte haben wir Mar-vin Meier und Manuel Silva. Ein wenig verspätet eintreffen wird Dominique Guindo.

2 **Inpflichtnahmen**

Einwohnerratspräsident Beat Hiller (GLP): Wir dürfen heute folgende neue Mitglieder im Einwoh-nerat begrüssen und in die Pflicht nehmen. Ich bitte Noemi Landini, Beate Ninow und Claudia Casa-nova vorzutreten. Ich bitte alle aufzustehen, damit Beatrice Räber die Eidesformel vorlesen kann.

Beatrice Räber: Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu för-dern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Noemi Landini (SP), Beate Ninow (SP) und Claudia Casanova (Die Mitte): Ich gelobe es.

3 **(23/79) Sport- und Freizeitanlage "Wilmatten": Erstellung eines Kunstrasenplatzes, Erwei-terung des Geräteunterstands, Erneuerung der Beleuchtung sowie Anschaffung von Ma-schinen und Geräten für den Platzunterhalt; Kreditabrechnung**

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Kommen wir zum Traktandum 3, Kreditabrechnung Wilmatten. Sprecher der GPFK ist Rudolf Baumann.

Rudolf Baumann (SVP): Werter Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder und Gäste. Anja Kroll und ich haben die Kreditabrechnung über die Sanierung der Sportanlage Wilmatten kontrolliert. Alle Rechnungen wurden geprüft und mit dem Kontenplan verglichen. Bis auf ein paar Kleinigkeiten wa-ren alle Zahlen korrekt und der Rechnungslauf wurde signiert. Bei diesen Kleinigkeiten war für uns nicht immer klar, wann die Zahlungen ausgelöst wurden. Das Problem ist bei der Finanzverwaltung bekannt, und es wird an einer einheitlichen Lösung innerhalb der ganzen Stadtverwaltung gearbei-tet. Bei einer Rechnung wurde der Skonto nicht abgezogen, obwohl zwei verschiedene Stellen die Rechnung kontrolliert haben. Im Weiteren gab es eine Rechnung über einen Schadenfall. Da wurde beim Verschieben eines Lichtmasts mit dem Helikopter Sand auf der Tennisanlage aufgewirbelt. Der Sand musste ersetzt und die Tennisanlage inkl. Gebäude des Tennisclubs mussten gereinigt werden. Die Arbeiten wurden vom Tennisclub selbst ausgeführt, aber die Stadt musste für den Schaden

aufkommen, weil sie Grundstückbesitzerin der Wilmatte ist. Der Schaden wurde vom Tennisclub aber zu einem günstigen Tarif repariert.

In der GPFK gab der gesamte Ablauf der Sanierung zu reden. Es ist unschön, dass trotz Nachtragskredit die Endsumme nicht gereicht hat und man den Gesamtkredit um 5,7 % überschritten hat. Die Gründe für die Kreditüberschreitung sind in der Vorlage beschrieben. Darum gehe ich nicht auf die Zahlen ein. Der Platz und die Umgebung sind nun so weit fertig. Ich war schon da und habe den FC trainieren sehen. Die Anlage ist gut und erfüllt seine Pflicht. Auch der neue Spielplatz hat guten Anklang gefunden und wird rege genutzt.

In der GPFK hätten wir uns gewünscht, dass der Stadtrat noch genauer hingeschaut hätte und verschiedene Beteiligte etwas beige-steuert hätten. Beispielsweise der Fussball Club oder auch umliegende Gemeinden, oder Lieferanten welche etwas hätten sponsern können. Die GPFK nimmt die Kreditabrechnung einstimmig an, ebenfalls die Fraktion der SVP. Danke.

Daniel Blaser (Die Mitte): Geschätzter Präsident, geschätzte Mitglieder von beiden Räten, wir sind erstaunt gewesen über die Kreditabrechnung Wilmatte. Im März 2019 haben wir hier im Rat die erste Vorlage mit Kosten von CHF 1.41 Millionen behandelt. Eine Million, von der hauptsächlich ein Verein profitiert. Mit 4 Voten durch GPFK, SVP, FDP und GLP ist bemängelt worden, dass die Beiträge von Dritten zum Teil nicht schriftlich und ohne verbindliche Betragshöhe festgelegt worden sind. Am 6. Juli 2021 unterbreitet uns der Stadtrat den angepassten Verpflichtungskredit mit einer Erhöhung von sage und schreibe CHF 590'000, 42 % Mehrkosten. Das gab sehr viel zu diskutieren hier bei uns im Rat. Bereits im Vorfeld der Sitzung haben sich die Parteien ausgetauscht und versucht, ohne weitere Verzögerungen und zusätzliche Kosten, zum Beispiel mit einem Rückweisungsantrag, einen Kompromiss zu finden. Einer dieser Kompromisse ist mit 4 Voten der GPFK, FDP, SP und der Mitte deponiert worden. Ein paar Sätze aus diesen Voten: Mehr Sponsoren finden, welche bereit sind, auch noch ein bisschen mehr Geld zu zahlen. Der Stadtrat soll nochmals mit Staufen einen Verhandlungslauf starten und vom FC ist durchaus mehr finanzielle Unterstützung zu erwarten. Wir können dem FC keine Forderungen stellen, dies ist ein unabhängiger Verein. Trotzdem ist es legitim, dass wir gewisse Erwartungen als Gegenleistung zum Projekt haben. Mit 500 Mitgliedern und 60 Sponsoren wie zum Beispiel SWL und Hypothekarbank Lenzburg sind wir überzeugt, dass der FC mehr als CHF 50'000 dazu beitragen kann. Wir bitten den Stadtrat, dass er dem FC die Nachricht überbringt, dass man mindestens CHF 100'000 für das Projekt vom FC erwartet. Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte meine Frage an euch, ist die Botschaft für den einen Kompromiss, die Vorlage durchzuwinken nicht deutlich übergekommen? Ist es in der heutigen Zeit tatsächlich nicht mehr möglich, mit Voten ein angemessenes gewünschtes Ergebnis zu erzielen?

Die Mitte und die EVP-Fraktion stellt darum einen Rückweisungsantrag und möchte dem Stadtrat die Möglichkeit geben, noch einmal einen Anlauf zu nehmen, um noch einmal ohne Zeitdruck auf unsere Voten einzugehen. Ich lese den Antrag kurz vor.

Der Einwohnerrat möge die Kreditabrechnung zurückweisen und den Stadtrat beauftragen, mit allen Kostenträgern, wie zum Beispiel mit der Gemeinde Staufen und dem FC Lenzburg nochmals zu verhandeln, um die erneute Überschreitung von CHF 113'419.40 so gut wie möglich abdecken zu können. Es sollte ausserdem geprüft werden, ob weitere Drittmittel zum Beispiel bei den anderen Gemeinden oder Stiftungen zur Sportförderung generiert werden können. Danke schön.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Dann behandeln wir nun den Rückweisungsantrag. Wer möchte das Wort ergreifen?

Ivanka Bašić (SP): Geschätzter Herr Präsident und geschätzte Anwesende, wir haben das ebenfalls in der Fraktion diskutiert, dass diesen Forderungen, welche in den Voten stattgefunden haben, nicht Rechnung getragen wurde. Wir sind aber der Ansicht, dass jetzt im Nachhinein etwas zu fordern ohne irgendeine rechtliche Grundlage nur eine Beschäftigung ist, welche wahrscheinlich nichts bringt. Die Rechnung ist korrekt, das haben Ruedi und Anja bestätigt. Das Learning daraus ist einfach, dass man in Zukunft nicht nur Voten macht, sondern auch direkte Änderungsanträge formuliert. Die SP-Fraktion und die Grünen werden diesen Rückweisungsantrag ablehnen. Danke.

Corinne Horisberger (FDP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Vertreter der Presse, liebe Gäste. Ich bin mir durchaus bewusst, der Bau ist abgeschlossen und der Moment, um Bedingungen zu stellen ist vorbei. Trotzdem hat der Einwohnerrat dem FC Lenzburg bei der ersten Vorlage von CHF 1,4 Millionen sowie bei der zweiten Vorlage, wo die Investitionssumme auf CHF 2 Millionen angewachsen ist, klar signalisiert und mitgeteilt, dass man erwartet, dass sie sich mit einem grösseren Betrag am Projekt beteiligen. Das hat der FC gemäss der Kreditabrechnung ignoriert. Ich glaube, man kann schon sagen, dass der FC der Hauptprofiteur vom Kunstrasen ist. CHF 2 Millionen für einen Verein, das ist ein stolzer Betrag. Keinen Franken kam man der Aufforderung des Rats entgegen. Umso mehr stösst es auf, dass die Nutzung nach wie vor sehr exklusiv für den Verein zu sein scheint.

Die FDP erwartet klar, dass der Stadtrat das neue Reglement, welches zurzeit erarbeitet wird, zeitnah fertig stellt. Darin sollen entsprechende Punkte bezüglich Nutzung durch andere Lenzburger Vereine, Öffentlichkeit oder Vermietung an Dritte klar geregelt werden. Die FDP wird den Rückweisungsantrag ablehnen und die Kreditabrechnung annehmen. Danke

Christina Bachmann (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, geschätzter Stadtrat, liebe Gäste, sehr verehrte Medienvertreter. Ich fand das Votum eben sehr spannend und ergreife deshalb spontan das Wort. Wenn man sagt, lass uns Rückweisungsanträge machen und lass uns mitgestalten, dann geht das nicht wenn wir nur Voten vortragen. Wir können dies jedoch tun, wenn wir den Rückweisungsantrag annehmen. Es ist nicht so, dass wir damit ein grosses Misstrauen aussprechen wollen gegenüber dem Stadtrat, oder gegenüber der ganzen GPFK, welche die Rechnungen geprüft hat. Überhaupt nicht. Es ist richtig abgelaufen. Es geht darum, dass wir noch einmal Zeit geben, um Sponsoren zu finden und jawohl, es ist möglich, Sponsoren zu finden. Wenn das jemand kann, dann der FC Lenzburg. Ich möchte gerne einmal wissen, welcher Politiker und welche Politikerin dem FC Lenzburg noch keinen Matchball gespendet hat. Darum ist das eine Chance und darum können wir hier den Verpflichtungskredit zurückweisen und ich danke Dani für das Votum.

Michael Häusermann (SVP): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren im Saal. Ich bin nicht immer auf der Seite des Stadtrats, ich komme im Verlauf vom Abend noch darauf zurück, aber im Moment muss ich mich auf seine Seite stellen. Wir sind bei einer Kreditabrechnung. Das Projekt ist abgeschlossen, die Handwerker haben ihre Arbeit getan. Technische Mängel gibt es keine.

Selbstverständlich würden wir von der Gemeinde Staufen, von der Hypi oder vom FC mehr Geld nehmen. Aber ihr wisst auch, es ist die Problematik der Freiwilligkeit. Ich glaube nicht, dass man dem Stadtrat, jetzt noch eine Aufgabe zuschieben muss. Wenn, dann hätte man im Vorfeld sagen

müssen, so viel Geld ist zugesichert und wenn es mehr kostet, starten wir nicht mit dem Bau. Aber jetzt im Nachhinein zu sagen der Stadtrat müsse nochmal verhandeln, das finde ich falsch. Die SVP-Fraktion wird den Rückweisungsantrag ablehnen. Danke.

Heiner Cueni (FDP): Werter Präsident, geschätzte Anwesende, ich denke wir sollten die Geschichte nicht länger machen. Diejenigen, welche schon länger dabei sind im Einwohnerrat wissen, dass die Gesamtanierung der Sportanlage Wilmatten noch nicht abgeschlossen ist. Es gibt noch Ideen zu einem Trainingsplatz Nord der bezahlt werden muss. Ich würde daher sagen nehmt die Kreditrechnung an und das nächste Mal, wenn es um die Wilmatte geht, können wir fordern und dann soll sich der Stadtrat darum kümmern. So können wir jetzt vorwärts machen.

Vizeamman Andreas Schmid (FDP): Ich sage gerne noch etwas aus Sicht des Stadtrats. Ich versichere euch hiermit, dass wir mit dem FC Lenzburg das Gespräch noch gesucht und die Thematik Sponsoring mit ihnen angeschaut haben. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass der FC an der Einwohnerratssitzung auf der Tribüne dabei war und die Erwartungshaltung des Einwohnerrats durchaus gekannt hat. Aber ich denke der FC hat Wort gehalten und was zugesichert wurde, wurde auch gehalten. Ich würde dies auch gerne so unterstützen, es gibt das eine oder andere Projekt in der Wilmatte, welches noch umgesetzt werden soll. Ich denke die Botschaft ist sowohl beim Stadtrat wie auch beim FC angekommen. Wir haben aber auch weitere Projekte mit der Gemeinde Staufen und ich glaube auch hier ist die Botschaft angekommen. Ich möchte im Namen des Stadtrats auch beliebt machen, dass wir in die Zukunft schauen und diese Kreditabrechnung genehmigen.

Abstimmung

Abstimmungsergebnis Rückweisungsantrag:

Ja-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 32

Enthaltungen: 1

Die Rückweisung wurde mit 32 Nein-Stimmen zu 5 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmungsergebnis Genehmigung der Kreditabrechnung:

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 4

Enthaltungen: 1

Die Kreditabrechnung wurde mit 33 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

4 (24/83) Bau- und Nutzungsordnung: Teilrevisionen Müli-Märt, Artozareal, Zeughausareal und Umsetzung: Verpflichtungskredit

Adrian Höhn (GLP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat, geschätzte Gäste, werter Herr Präsident, die drei Areale sind aus unterschiedlichen Gründen aus der Gesamtrevision-nutzungsplanung ausgeklammert worden. Diese 3 Areale sind im Kapitel im weiteren Handlungsbedarf im Bericht zur Gesamtrevision aufgeführt. Es handelt sich um die Gebiete Mülimärt, Zeughaus und Artoz-Areal. Der Stadtrat stellt darum den Kreditantrag zur Durchführung der Studie Arealentwicklung Mülimärt und der Teilrevision für die Bau- und Nutzungsordnung. Ziel ist es, dass die Vorbereitungsarbeiten für die Erarbeitung dieser Teilrevision bis Ende 2024 abgeschlossen sind. Die Studie "Arealentwicklung "Mülimärt" soll bis Dezember 2024 fertig sein, das Richtprojekt "Die Mittelschule" auf dem Zeughausareal bis September 2024 und die Potentialstudie und der Studienauftrag Areal Artoz bis Juli 2024. Die Erarbeitung von allen Teilrevisionen soll parallel erfolgen und bis Ende 2025 vorliegen.

In der GPFK ist begrüsst worden, dass der Stadtrat die Teilrevision zügig angehen möchte und bereits mit einer Vorlage kommt. Die Kosten sind im Vergleich zur Gesamtrevision der BNO relativ hoch. Das hat aber damit zu tun, dass jetzt eine detaillierte Aussage zur Nutzung und Einfügung des Mülimärts gemacht werden soll. Das erfordert eine Studie, welche eine andere Flughöhe hat als diejenige der BNO aber dafür mehr ins Detail geht. Dies ist entsprechend mit Planungskosten verbunden. Dabei soll eine bereits bestehende Studie als Grundlage genutzt werden, welche von der Migros-Pensionskasse erstellt worden ist. Ich hoffe, sie beeinflusst dann das Ergebnis nicht zu fest.

Alessandro Savioni empfiehlt zudem, den Auftrag an die Planar zu vergeben. Bei der Planar besteht bereits das Basiswissen zum Gebiet. Sie haben auch die BNO begleitet. Natürlich ist aber der Stadtrat frei in der Auftragsvergabe. Auch submissionsrechtlich ist das möglich, da das Planungsvolumen unter CHF 150'000 liegt. Das planungsrechtliche Verfahren soll nach Möglichkeit zeitgleich durchgeführt werden, um Kosten zu sparen. Begleitet werden soll das Projekt durch die Abteilung Stadtplanung und Hochbau. Aktuell ist auf den 1. April eine Stelle ausgeschrieben. Wir alle wissen, die Abteilung ist nicht sehr gut besetzt. Deshalb hoffen wir, dass die Stelle bald besetzt werden kann, um die zusätzliche Arbeitslast zu stemmen.

Die erwähnte Klärung möglicher Entschädigungsfragen soll in dieser Studie Arealentwicklung ebenfalls angegangen werden, da sie auch finanzielle Folgen für unsere Stadt haben kann. So soll von Anfang an Transparenz geschaffen werden. Prinzipiell möchte man die Nutzung nicht erhöhen, sondern eher beschneiden. Das kann je nach Ergebnis zu einer Forderung führen. Mit einem Planungsausgleich, also irgendwo kommt dann vielleicht eine Zahl daher. Der aus der Arbeit resultierte Schlussbericht ist grundsätzlich nicht öffentlicher Natur, wird aber sehr wahrscheinlich in der Spezialkommission BNO besprochen. Das Geld aus dem Bruttokredit ist nur für die Studie und für die Teilrevision gedacht. Nachher wird der Prozess der gleiche sein wie bei der BNO mit Mitwirkung und öffentlicher Auflage. Auf den Schlussbericht kann dort unter Umständen Bezug genommen werden, wenn das zur Beantwortung allfälliger Fragen notwendig ist.

Die GPFK spricht sich einstimmig für die Vorlage aus ebenso die GLP, vielen Dank.

Philippe Minnig (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, geschätzte Gäste, ich mache es ein bisschen kürzer. Die Freisinnigen sind für den Antrag. Wir

freuen uns, geht es so schnell vorwärts. Ich habe mir das eigentlich erst zum Geburtstag im August gewünscht, Dani ist jetzt nicht da, um Danke zu sagen, er kann es dann im Protokoll nachlesen.

Wir freuen uns, geht es zügig vorwärts. Die Areale sind heikle Areale, das wissen wir alle aus den vorherigen Diskussionen. Umso mehr freuen wir uns, dass wir das jetzt so gut methodisch aufgearbeitet in dieser Vorlage sehen, wie man das lösen will. Der Gordische Knoten in der Stadt drin, ich bin froh, Alessandro bist du hier. Du bist Alessandro der Grosse, der den gordischen Knoten zerschlagen wird. Ob du mit dem Geld auskommst weisst du selbst, ich bin aber zuversichtlich, dass dir dies gelingen wird. Auf diesem Weg schon mal viel Erfolg. Vielen Dank.

Cécile Kohler (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, geschätzte Anwesende auch wir sind erfreut darüber, dass der gut durchdachte Kreditantrag bereits vorliegt. Danke vielmals für die grosse Arbeit, welche schon geleistet wurde. Die gesamte BNO-Revision inklusive der kommunalen Gesamtplanung Verkehr hat bis jetzt rund CHF 1,1 Millionen gekostet. Dass die Arbeit für die Gebiete Mülimärt, Zeughaus und Artozareal noch einmal knapp 30 % der bisherigen Kosten ausmachen, hat uns natürlich erstaunt. Das hat man auch in der GPFK nochmal angeschaut. Es ist uns aber auch klar, dass es hier um Areale von grosser Wichtigkeit geht, bei welchen man besonders genau hinschauen und planen muss. Die Kosten sind zwar hoch, aber aus unserer Sicht nötig und genügend grosszügig geschätzt. Wir sind zuversichtlich, dass die Teilrevision der BNO für die drei zukunftssträchtigen Areale fundiert und speditiv durchgeführt wird. Nicht zuletzt, weil im Rahmen der Gesamtrevision der BNO auch schon viel Vorarbeit geleistet wurde.

Wir sind gespannt auf die Ergebnisse und hoffen natürlich, dass der Kredit unterschritten werden kann. Die Fraktion Mitte/EVP wird dem Geschäft ebenfalls zustimmen.

Brigitte Vogel (SVP): Geschätzter Herr Präsident, werte Damen und Herren aus beiden Räten, liebe Gäste, die BNO war ein harter Brocken, das wissen wir. Sie ist Ende 2023 endlich verabschiedet worden, insbesondere natürlich, weil man die drei Gebiete ausgeklammert hat. Dass die drei Gebiete jetzt zeitnah als Geschäft vorliegen freut uns und es ist wichtig, dass es da vorwärts geht. Ob sich die drei Teilgebiete schlussendlich als Filetstück erweisen oder vielleicht doch eher ein bisschen zähes Fleisch ergeben, werden wir sehen. Aber die Bedeutung ist klar. Dass auch der Kredit leicht höher ist im Vergleich zu der BNO zeigt ja auch die Wichtigkeit dieser Gebiete. Dass die Gebiete allenfalls auch separat zu einem Abschluss kommen, ist einerseits gut, andererseits muss man bei einer Staffelung selbstverständlich auch die Kosten im Auge behalten.

Ein bisschen hellhörig sind wir geworden und gewisse Bedenken lassen sich natürlich nicht ausräumen, dass gewisse Entschädigungszahlungen im Raum stehen könnten und da sind natürlich die verantwortlichen Personen sehr stark gefordert, dass das nicht eintrifft.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Thomas Schär (SP): Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, es ist schon ziemlich alles gesagt worden. Der harte Brocken BNO ist zum Glück auf gutem Weg. Es hat uns erfreut, dass die Teilrevisionen jetzt schon anstehen und auf dem Tisch liegen.

Es wurde ausgeführt, die Kosten für die drei Teilrevisionen sind im Vergleich mit den Gesamtkosten der BNO relativ hoch. Es lässt sich aber so nicht 1:1 vergleichen. Uns ist es wichtig, dass hier gute Arbeit geleistet wird, denn es sind wirklich sensible und heikle Gebiete. Gerade bei der Studie

"Arealentwicklung Mülimärt" versprechen wir uns viel. Das Gebiet ist das sensibelste, wie in der Vorlage vermerkt. Dies ist allen klar, welche sich das Gebiet mal angeschaut haben. Die Berücksichtigung der verschiedenen Stakeholder (Entschädigungsforderungen), die Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch das Potenzial, die heikle Lage am Altstadtrand mit Kleinvenedig und die leidige Verkehrssituation.

Kurzum es sind grosse Aufgaben, welche da kommen. Wie historisch es dann ist, wie der grosse Alessandro da walten muss, werden wir sehen. Wir hoffen, es kommt gut. Was bei uns in den Fraktionen der SP und den Grünen noch zu reden gab, war ebenfalls die personelle Situation in der Abteilung Stadtplanung und Hochbau. Wir hoffen, es lässt sich mit den bestehenden Ressourcen gut und sorgfältig bearbeiten und andererseits soll man sich dann lieber genug Zeit nehmen und die Ressourcenfrage auch entsprechend klären. Es braucht auch gute Resultate, mit welcher die Stadt Lenzburg planen kann. Die Grünen und die SP werden dem Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen. Danke vielmals.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, dann kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen: 38

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Der Verpflichtungskredit zur Umsetzung der Teilrevision BNO Müli-März, Artozareal und Zeughausareal ist mit 38 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme oder Enthaltungen angenommen.

5 (24/84) Reglement über die Gebühren im Bauwesen: Revision 2024

Daniel Blaser (Die Mitte): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder von beiden Räten, geschätzte Anwesende, 1999 ist ein Reglement über die Gebühren im Bauwesen und für die Benutzung vom öffentlichen Grund in Kraft getreten. Die vorliegende Revision betrifft nur den Teil über die Gebühren im Bauwesen. Der zweite Teil über die Gebühren für die Benutzung vom öffentlichen Grund wird in ein paar Monaten im Rat behandelt. Die GPFK hat intensiv über den Zeitpunkt dieser Erhöhung der Grundgebühr, also über den Minimalbetrag von CHF 350, sowie die kostenlose Beratung, welche neu auf 30 Minuten beschränkt werden soll und die Dienstleistung der Bauverwaltung an andere Gemeinden diskutiert. Fakt ist, dass das gewünschte oder zu erreichende Kostenverhältnis in der Bauverwaltung von 20:80, also 20 % des Aufwands gedeckt über die Steuergelder und 80 % des Aufwands gedeckt über die Gebühren schon seit Jahren nicht mehr eingehalten werden kann. Die Anforderungen in den letzten Jahren sind immer komplexer geworden, bauen im verdichteten Kontext, höhere Anforderungen an Energiestandards und Nachhaltigkeit, Ortsbild, Denkmalschutz und häufig schlecht vorbereitete Baueingaben und fehlende Unterlagen.

Trotzdem sind in den letzten Jahren weitere Gemeinden dazugekommen, welche die Dienstleistungen der Stadt Lenzburg beanspruchen können. Wir zahlen also seit Jahren drauf und das kann so

nicht weitergehen. Der Handlungsbedarf in Bezug auf die Kostendeckung von 80 % hat die GPFK bereits in den letzten Jahren bei den Abteilungsprüfungen festgestellt.

In der Bauverwaltung, das kann ich aus persönlicher Sicht als Prüfer der Abteilung im letzten Jahr sagen, hat sich 2023 trotz parallellaufender BNO im Bereich der Prozessoptimierung gegenüber den Jahren zuvor bereits sehr viel positiv verändert. An der Besprechung mit dem Stadtrat vom 15. Mai 2023 über die Rechnungsprüfung 2022 haben wir die Frage über die Gebührenerhöhung gestellt und auch gerade eine Antwort erhalten. Die Überarbeitung ist mit der neuen BNO bereits am Laufen.

Der Vorschlag, die Gebühren anzupassen, um näher an die 80 % zu kommen, ist also nicht von heute auf morgen entstanden. Es ist schon lange klar, dass es eine Anpassung geben muss, um das Defizit in Zukunft einigermaßen ausgleichen zu können. Die Mitglieder der GPFK sind sich einig, dass kein Weg an der Gebührenerhöhung vorbeiführt. Wir begrüßen sehr, dass sich der Stadtrat an den umliegenden grossen Gemeinden wie Aarau, Rheinfelden, Zofingen und Wohlen orientiert hat und nicht wie empfohlen an den Grossstädten wie zum Beispiel Genf. Wir werden die Auswirkungen von den zu tiefen Gebühren im Bauwesen auch noch in der Rechnung 2023 deutlich sehen. Darum sind wir mehrheitlich der Meinung, dass das Reglement sofort umgesetzt werden soll. So können wir schon in der Rechnung 2024 eine Verbesserung feststellen und nicht erst 2025. Die GPFK empfiehlt somit dem Einwohnerrat, dem Reglement über die Gebühren im Bauwesen mit 7-Ja Stimmen und einer Enthaltung zuzustimmen. Die Mitte und die EVP-Fraktion stimmen dieser Anpassung einstimmig zu. Danke.

Hans Holliger (SVP): Geschätzter Präsident, werter Einwohnerrat, Stadtrat, Presse und Gäste, wir finden es gut, dass die Gebühren anhand der Bausumme errechnet werden. Ebenfalls begrüßen wir es, dass dies mit umliegenden Kleinstädten und Gemeinden verglichen wurde. Sinnvoll finden wir, dass nach 30 Minuten einer Besprechung die weitere Zeit verrechnet wird. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Philippe Minnig (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen aus beiden Räten, geschätzte Gäste, ich mag nicht so recht in die Lobeshymne für das Reglement einstimmen. Ich bin eine der kritischen Stimmen gewesen, weil ich finde der Zeitpunkt ist ein wenig traurig gewählt. Jetzt hatte man acht Jahre eine Baustelle und jetzt kurz bevor die BNO in Kraft gesetzt wird, sollen die Gebühren erhöht werden. Dies ist aus meiner Sicht eine schlechte Signalwirkung. Wir sind uns einig gewesen, dass es nicht kostendeckend ist. Wir verkaufen die Dienstleistungen im Übrigen auch an Nachbargemeinden, vielleicht müsste man mal schauen, ob das ein gutes Geschäft für uns ist. Mit wenig Personal, hohen Kosten und zu tiefen Gebühren. Trotzdem finde ich die Vergleichslösung nicht gut. Auf die anderen schauen und feststellen, dass die ein bisschen teurer sind und es dann gleich machen. Vor allem bei den einfachen Baugesuchen ist man dann plötzlich ein bisschen teurer, einfach weil man geschaut hat, ob die anderen auch teurer sind und es aber eigentlich gar keinen Sinn macht. Gleichwohl, die Grundlage wie viel kostet uns tatsächlich die Tätigkeit innerhalb dieser gesamten Verwaltungseinheit? Die finde ich da drin nicht. Also nehme ich den Stadtrat beim Wort, dass das stimmt. Dass es teurer ist, das kann ich mir mit der zeitlichen Entwicklung schon vorstellen.

Da wünsche ich mir in Zukunft, dass ich da drin lesen kann, wie viel teurer Gebühren, das ist keine Steuer, sind. Dies sollte dann einfach abgedeckt werden. Das sagt auch der Preisüberwacher. Dann können wir uns nämlich auch Gedanken machen, ob die Kooperationen mit den Regionen Sinn

machen beziehungsweise der Tarif, den man dort ausgehandelt hat. Am Schluss haben wir einen schlechten Tarif ausgehandelt und zahlen über unsere Kasse die Baugesuchsbearbeitung in den Nachbargemeinden. Dies ist vermutlich nicht in unserem Sinn. Danke vielmals.

Abstimmung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 5

Enthaltungen: 3

Das Reglement über die Gebühren im Bauwesen, Revision 2024, wird mit 30 Ja-Stimmen zu 5-Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

6 (24/86) Schulraumplanung Stadt Lenzburg: Schulraum-Provisorium Oberstufenzentrum Lenzhard; weitere Planung

Einwohnerratspräsident Beat Hiller: Kommen wir zum nächsten Traktandum. Denkt daran, es geht um das Provisorium und nicht um die Schulraumplanung grundsätzlich bei der Diskussion. Bitte beschränkt euch auf den Inhalt des Antrags. Der Sprecher der GPFK ist Francis Kuhlen.

Francis Kuhlen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich komme nicht drumherum, doch noch generell etwas zu sagen: Seit zehn Jahren bin ich jetzt im Einwohnerrat und seit zehn Jahren ist die Schulplanung ein Thema. Also insbesondere für die Oberstufe. Wir haben Aussagen gehört wie: "Die Schulhäuser sind saniert, jetzt haben wir für eine Weile Ruhe." Oder "In Lenzburg braucht es jetzt keine Provisorien mehr." Von Schulleitungen und Schulpflege erarbeitete Zahlen haben schon immer gezeigt, dass logischerweise nach der Primarschule auch dringender Raumbedarf in der Oberstufe besteht. Gott sei Dank wurde dies jetzt von Wüst und Partner bestätigt. Der Schulraumbedarf für die nächsten Jahrzehnte wird generell in bis jetzt ungeahnte Dimensionen wachsen und dringend, das heisst das nächste Schuljahr 2024/2025 muss das Lenzhard neuen Schulraum haben. Jetzt plötzlich eilt es, so sind wir wieder in einer Situation, in der wir fast alternativlos nur ja sagen können. Alles andere würde auf Kosten künftiger Generationen von Schülerinnen und Schülern basieren und das will ja wohl niemand. Wie wir am Informationsanlass erfahren konnten, basieren die Schülerinnen- und Schülerprognosen auf einem Modell was neu und unerprobt ist. Über die statistische Genauigkeit konnte Wüst und Partner keine Aussage machen. Weil über das Modell und über das Vorgehen keine Erfahrungswerte vorliegen. Es ist darum nicht nur gut, sondern auch zwingend mit einem Masterplan die rollende Schulraumplanung zu institutionalisieren und permanent zu überprüfen im Controlling. Der zweite Teil des Antrags hat darum in der GPFK kaum zu Diskussionen geführt. Umso mehr Zeit haben wir dann für den Antrag für die kurzfristige und dringende Lösung im Lenzhard investiert. Es ist ausgiebig über Container-Lösungen, neue und Occasionen und deren Qualität diskutiert worden. Auch die Höhe des präsentierten Preises wurde beanstandet. Schliesslich haben wir in der GPFK jemanden, der grosse Erfahrung mit Transport, Aufbau und Abbruch von Containern hat. Nach längerer Diskussion hat sich dann herausgestellt, dass man sowohl mit einem Ja, wie mit einem nein zu fast demselben Ergebnis kommt. Es besteht ein nicht vernachlässigbares Risiko, dass doch alles anders kommt. Laut Submissionsverordnung muss das Vorhaben nämlich noch ausgeschrieben werden. Es ist uns dann erklärt worden, dass die

beantragten CHF 1'347'207 ein Kostendach darstellen. Dass ein Kostendach auf 207 Franken genau angegeben wird, ist bemerkenswert und da hat uns etwas erstaunt. Vielleicht weil die Rappen noch gefehlt haben. Ob die in der Vorlage skizzierte Lösung nach einer Ausschreibung dann noch zur Verfügung steht und ob mit einer alternativen Lösung das Kostendach eingehalten werden kann, sind berechnete Fragen, welche das Risiko dieses Geschäfts widerspiegeln. Bedenken wurden geäußert in Bezug auf den Standort des Provisoriums, insbesondere in Bezug auf die Nachbarschaft, aber auch in Bezug auf die Lageplanung für eine künftige definitive Lösung der Schulraumproblematik im Lenzhard.

Ich fasse zusammen; Bestenfalls, das heisst wenn zeitlich und prozessmässig nichts schief läuft, besteht die Chance, dass der Container-Schulraum im August im Lenzhard zur Verfügung steht. Die Bedenken, welche wir hatten, spiegeln sich auch in der Abstimmung wider. Die Mehrheit der GPFK war optimistisch und ist der Meinung, dass man für das Wohl von künftigen Schülerinnen und Schülern und auch von Lehrerinnen und Lehrern Ja stimmen sollte. Wir können fast sagen, wir waren dann in einer Situation "in dubio pro reo". Der Antrag Verpflichtungskredit Schulraum-Provisorium Oberstufenzentrum Lenzhard hat die GPFK mit 5 Ja, 1 Nein und 2 Enthaltungen zur Genehmigung empfohlen.

Eine Kollegin war entschuldigt abwesend. Dem Antrag "externer Fachbegleitung Masterplan" hat die GPFK einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen persönlichen Beitrag machen, nicht im Namen der GPFK, aber in Anlehnung an die Erfahrungen mit der alten Bleiche, wo es bei allen Anträgen auch immer pressiert hat. Ich möchte hier einen Fraktionskollegen aus einer früheren Sitzung zitieren. Ich hoffe, dass ich das Containerdorf an meinem übernächsten Geburtstag noch erleben kann. Danke.

Simona Minnig (FDP): Sehr geehrter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, werte Medienschaffende, liebe Gäste. Aus Seite 11 der Vorlage geht hervor, dass man mehrere Angebote zu Container-Provisorien eingeholt hat, damit man sowohl Miet- als auch Kaufvarianten prüfen konnte. Auch ergibt sich aus der Vorlage, dass man eine Offerte klar favorisiert. Die Vorlage hat zwar den Vorbehalt, dass eine alternative Anschaffung nicht ausgeschlossen werden könne, wenn man an den kurzfristigen Bedarf denkt. Der uns vorliegende Antrag betreffend eines Verpflichtungskredits für den Kauf und die Möblierung ist aber eben genau auf den Franken beziffert. Ich verweise da gerne noch einmal auf die Ausführungen von Francis.

Wir erachten sowohl das Vorgehen des Stadtrats als auch die anschliessende Formulierung dieser Vorlage und des Antrags aus submissionsrechtlicher Sicht als sehr problematisch. Sowohl die Auftragssumme für den Container als auch für die Materialien übersteigen klar gewisse Grenzwerte, weshalb die Vergabe dieser Aufträge nach den Vorschriften des Submissionsrechts zu erfolgen hat. Konkret müsste der Stadtrat eine öffentliche Ausschreibung machen, in der er seine Kriterien für die Container klar ausformuliert und gewichtet. In der Folge können sich jegliche Anbieter für den Auftrag bewerben und der Stadtrat hat anschliessend den Zuschlag gestützt auf die vorgängig definierten Faktoren zu erteilen.

Selbstredend dürfte man den Zuschlag auch unter dem Vorbehalt erteilen, dass der Einwohnerrat noch seine Zustimmung zu einem entsprechenden Verpflichtungskredit erteilen muss. Die Gemeinde Wettingen zum Beispiel hat es bei ihrer Schulraumplanungen so vorgemacht. Was aber unseres Erachtens eben nicht geht ist, sich vorgängig die Offerte von gewissen Anbietern

herauszusuchen, dann in einer öffentlichen Vorlage bereits festzuhalten, welchen Anbieter man aussucht, um dann anschliessend pro Forma eine Ausschreibung zu machen, die dann offensichtlich nur ein Anbieter erfüllen kann. Das ist genau das Vorgehen, welches das Submissionsrecht zu verhindern versucht. Mit einem derartigen Vorgehen setzt man sich einem unnötigen rechtlichen Risiko und damit eben eigentlich von einer viel schlimmeren unnötigen, zeitlichen Verzögerung aus, welche wir uns vor allem wenn es um unsere Schulraumplanung geht, nicht leisten können. Es wäre darum wünschenswert, wenn der Stadtrat beim nächsten grösseren Projekt sorgfältiger auf die submissi-
onsrechtlichen Vorschriften achten würde. Man hat nämlich nicht mehr Aufwand dadurch. Man muss nur das Vorgehen etwas anpassen hat dafür nachher aber die Sicherheit, dass es hält.

Die FDP hat lange über die Vorlage diskutiert, wird ihr aber mehrheitlich zustimmen. Wir unterstützen die Bildung, der Schulraum wird dringend gebraucht und die Massnahmen dulden deshalb keinen Aufschub mehr. Merci.

Sigrid Schärer (Grüne): Liebe Anwesende, ich glaube, ich bin die einzige im Raum welche sehr erstaunt ist über die sehr kurzfristige Vorlage für Container für die Oberstufe. Man kann sich fragen, wieso ist das passiert und wie hat es zu dieser Situation kommen können und hätte man das nicht früher wissen können. Aber es ist viel wichtiger, zielgerichtet in die Zukunft zu gehen und vor allem auf Basis dieser Hochrechnung von Wüst und Partner die Analyse zu machen und sicher auch retrospektiv zu schauen, was in diesem Prozess nicht gut lief. Damit so etwas in der Zukunft nicht mehr vorkommen kann und wir, die Containerlösung nur als Übergangslösung brauchen können. An der Informationsveranstaltung mit dem Stadtrat zusammen habe ich ein gutes Gefühl bekommen, dass der Stadtrat gewillt ist, eine langfristige saubere Lösung zu finden und nicht einfach irgendetwas hinzustellen, was dann ein paar Jahre hält und aber den Bedürfnissen von Schülern und Lehrern nicht entspricht. Ich glaube wir müssen mit diesem Container in den sauren Apfel beißen, aber dafür geben wir dem Stadtrat die Zeit etwas Richtiges zu machen, zu analysieren und einen Masterplan zu erstellen. So haben wir trotzdem eine Lösung für den Sommer mit genügend Platz für Schüler und Lehrpersonen. Die Grünen werden dem Verpflichtungskredit und dem Masterplan zustimmen. Danke.

Christina Bachmann (Die Mitte): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom Einwohnerrat, geschätzter Stadtrat liebe Gäste, liebe Medienschaaffende, wir freuen uns grundsätzlich über die Zunahme von Schülerinnen und Schülern in Lenzburg. Das zeigt, dass wir in einer florierenden Region leben. Familien lassen sich gerne hier nieder. Wir wissen, dass dies eine grosse Bevölkerungsgruppe in Lenzburg und der Umgebung ist. Es ist ja nicht so, dass es in der Schweiz zu viele Kinder gibt oder die Geburtenrate zu hoch ist. Das haben wir momentan auch in einer anderen Diskussion, aber das ist jetzt hier nicht das Thema. Kinder gehen 2 Jahre in den Kindergarten und dann 6 Jahre in die Primarschule, danach sind wir bei der Oberstufe. Wir nehmen jetzt im Januar einen Verpflichtungskredit an für ein Provisorium ab August, weil wir zu wenig Schulräume haben in der Oberstufe. Dies besorgt mich und ich sage es nochmal. Hier haben wir die Schulraumplanung nicht vorausschauend gemacht.

Wir haben im Mai 2022 im Einwohnerrat eine Beantwortung erhalten, nämlich dass es einen Ausschuss gibt im Stadtrat, der hat sich auch gebildet, das wissen wir ja jetzt heute und die haben auch angefangen zu arbeiten. Das ist also der späteste Zeitpunkt, um zu merken, dass es prekär ist. Wir, Die Mitte und die Fraktion der EVP, sagen ja. Wir sagen es aber auch mit einer gewissen Zermürbung und nicht mit Freude, die da vielleicht auch angebracht wäre. Weshalb sagen wir ja?

Wir sagen ja, weil wir eine attraktive Lösung wollen für Lehrpersonen. Wir wollen ein attraktiver Arbeitgeber sein in Lenzburg. Es ist nämlich nicht einfach, Lehrpersonen zu finden und da haben wir wirklich bis jetzt einen guten Job gemacht, denn wir haben gute Lehrer. Wir haben eine gute Schule und das wollen wir auch weiter so halten.

Wir wollen auch, dass es räumlich nicht getrennt ist, denn das ist wirklich unmöglich, wenn Fachräume und Schulräume nicht am gleichen Ort sind. Wir finden auch, dass kaufen mehr Sinn macht als mieten, weil wir ja immer noch mieten können, falls das mit dem Kostendach nicht klappt. Wir schenken da das Vorschussvertrauen, dass es eingehalten wird und nicht überschritten wird. Wir wissen ziemlich genau, was es kostet, und möchten uns hier der Vorrednerin anschliessen.

Wir finden es sehr gut, dass es jetzt einen Masterplan gibt und einen Verpflichtungskredit und stimmen dem gerne zu. Wir haben hier ein Votum, weil wir keine Änderungsanträge machen, aber unser Votum wäre, dass wir die HPS, also die heilpädagogische Sonderschule, wirklich gut anschauen und wünschen uns dort, dass man die Variante prüft, dass diese in die Regelschule integriert werden kann. Ebenfalls ein Votum, welches ich gerne zur Prüfung übergeben möchte. Wir haben schon bei der Abschaffung der Schulpflege dafür plädiert, dass man sich doch überlegen soll, ob es nicht eine einwohnerrätliche Schulkommission bräuchte. Angesichts dieses Vorgehens möchte ich das noch einmal aufbringen und ans Herz legen, darüber nachzudenken. Überlegen wir uns doch nochmal, ob eine Schulkommission nicht allenfalls doch Sinn machen würde in Lenzburg. Merci vielmal

Einwohnerratspräsident Beat Hiller (GLP): Einfach zur Information. So eine Kommission kann der Einwohnerrat selbst gründen, da braucht es den Stadtrat nicht dazu. Christina wenn du das willst, kannst du einen Antrag stellen und wir können hier im Rat darüber abstimmen und eine solche Kommission in Kraft setzen.

Tim Güttinger (GLP): Geschätzter Einwohnerratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Medienvertreter und liebe Gäste. Positiv an dieser ganzen Geschichte ist natürlich, dass Lenzburg gemäss dieser Studie von Wüst und Partner ein attraktiver Standort ist. Wir haben sehr steigende Schülerzahlen, was ja sehr schön ist und ich denke, das darf man durchaus auch noch betonen. Es ist etwas Positives, wenn die Schülerzahlen steigen. Viele Fragen konnten an der interessanten Informationsveranstaltung schon geklärt werden.

So sind auch die Zahlen nachvollziehbar und es macht aus unserer Sicht deutlich mehr Sinn, so eine Studie zu machen, anstatt sich nur auf die Bevölkerungsentwicklung abzustimmen und dann herunterzurechnen, sondern dass auch weitere Faktoren einberechnet werden. Negativ ist eigentlich genau die Thematik, welche schon aufgegriffen wurde, dass die Schulraumplanung schon mehrmals im Rat Thema war. Gerade mit der Erweiterung vom Mühlematt-Schulhaus, wenn man das Primarschulhaus erweitert, müsste vielleicht die Oberstufe auch angedacht werden.

Wir haben in der Fraktionssitzung noch darüber diskutiert, was mit dem Hünenwadelhaus passiert. An der Infoveranstaltung wurde gut aufgezeigt, weshalb es aus schulplanerischer Sicht keinen Sinn ergibt, wenn die Oberstufe ins freierwerbende Hünenwadelhaus einzieht. Besonders das Argument, die Stufen nicht auseinander zu reissen hat mich überzeugt. Deshalb macht das aus unserer Sicht Sinn, diese Container zu kaufen. In Zukunft werden vielleicht auch andere Gemeinden dasselbe Problem haben, was heisst der Container kann auch wiederverkauft werden. Negativ anzumerken ist lediglich was Simona schon gesagt hat betreffend die Formulierung der Vorlage. Man hat beim Lesen das Gefühl, wir kaufen gerade den Container von Ennetbaden. Trotz allem muss jetzt schnell

gehandelt werden damit wir auf August diese Container haben. Die Grünliberale Fraktion unterstützt den Verpflichtungskredit zum Provisorium. Danke.

Janine Pfister Meier (SP): Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Damen und Herren von beiden Räten, liebe Lernende der Stadtverwaltung und geschätzte Gäste. In einem halben Jahr werden zusätzliche Schulzimmer und Gruppenräume benötigt, welche jetzt auf dem Lenzhard Areal fehlen. Unser Stadtrat hat mit Vertretern der Immobilien und der Schulleitung nach Lösungen und Räumen gesucht, zum Beispiel Artoz, Zeughaus, Bauknecht, Kirchgemeindehaus und so weiter. Die Suche war nicht zufriedenstellend in Bezug auf Raumgrösse, Raumqualität, Preis oder Standort. Die Beschaffung von einem gebrauchten Container mit sechs Schulzimmern auf der Sportwiese im Lenzhard verschafft uns Luft in der Planung. Über die Schönheit einer Containerlösung lässt sich streiten. Die heutigen Container sind aber teilweise sogar beliebter als Schulzimmer, weil sie zum Beispiel klimatisiert sind und sie schaden den Lernenden und den Lehrpersonen bestimmt nicht.

Heute haben nicht nur die Bezirksschülerinnen und Schüler Fachlehrpersonen und wechseln praktisch für jedes Fach die Schulzimmer auch die Lernenden von der Sek und Real haben fünf bis sechs Fachlehrpersonen, welche in verschiedenen je nach Fach speziell eingerichteten Räumlichkeiten unterrichten.

Alle Oberstufenschüler und Schülerinnen haben Wahlfächer und Wahlpflicht Fächer. Diese werden klassenübergreifend und teilweise sogar stufenübergreifend angeboten. Auch Angebote wie die Lerninsel, DaZ-Unterricht und die niederschwellige Beratung der Schulsozialarbeit befinden sich alle hier auf dem Lenzhard Areal. Es ist heutzutage so, dass Lehrpersonen an verschiedenen Stufen und Klassen und Fächer in verschiedenen Zimmern arbeiten. Darum ist es zwingend notwendig, dass die Oberstufenschüler und Schülerinnen und teilweise auch die Fachlehrpersonen innerhalb von 5 Gehminuten den Schulzimmerwechsel vollziehen können. Nur so kann ein qualitativvoller und effizienter Unterricht angeboten werden. Wir brauchen die Lösung jetzt und leider hat man keinen besseren Plan B also stimmen wir dem Kauf vom Schulraum Provisorium zu. Die SP ist dafür. Die Studie von Wüst und Partner zeigt, dass die Schülerzahlen steigen, wie schnell sie steigen, sei dahingestellt. Wie wir aus Erfahrung wissen, kann die Politik das Bevölkerungswachstum von unserer Stadt nicht wirklich steuern. Man hat es im Widmi Areal gesehen. Es ist ein bisschen ärgerlich, wenn wir immer hinter der Realität herhinken und Pflasterpolitik betreiben müssen. Darum ist es jetzt ganz wichtig, dass wir das Geld sprechen, um die Erstellung des Masterplans für die Schulraumplanung anzugehen. Wir brauchen jetzt konkrete Umsetzungspläne für langfristige Lösungen für den zusätzlich benötigten Schulraum und da darf auch sorgfältig und in verschiedenen Szenarien gedacht werden. Eine weitsichtige Schulraumplanung ist eine der Voraussetzungen für eine nachhaltig gute Schulbildung für unsere zukünftige Generation.

Neben der guten Bildung wollen wir auch die Attraktivität des Schulstandorts Lenzburg für die Schüler und die Schülerinnen und die Lehrpersonen sicherstellen. Die SP ist einstimmig für die Erstellung des Masterplans für die Schulareale der Stadt Lenzburg.

Michael Häusermann (SVP): Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Damen und Herren vom Stadtrat, geschätzte Damen und Herren vom Einwohnerrat, geschätzte Damen und Herren von der Presse, geschätzte Damen und Herren als Gäste. Ich kann mich dem Vorredner Francis Kuhlen anschliessen, die Schulraumplanung ist ein Thema, welches schon seit Jahrzehnten läuft. Ich bin seit 20 Jahren dabei und es begleitet uns immer wieder und wir haben damit zu tun. Die SVP-Fraktion hat bis anhin die Vorlagen von Schulbauten unterstützt, weil wir klar der Meinung sind, dass die

Lenzburger Kinder eine anständige und eine zeitgemässe Infrastruktur haben sollen und wir sind nach wie vor bereit, Geldern zuzustimmen, welche auf dieses Ziel hinarbeiten. Ich möchte aber trotzdem gerne einen kleinen Rückblick machen, denn es ist aus unserer Sicht wichtig und darum komme ich dem Wunsch des Präsidenten nicht ganz nach, welcher er am Anfang dieser Diskussion geäussert hat.

Im Juli 2020 haben wir den Bericht "Schulraumplanung von Lenzburg" erhalten. Der Stadtrat erwähnt den Bericht auch in der heutigen Vorlage im ersten Abschnitt. In diesem Bericht von 2020, ist auf der Seite 20 im Kapitel "Oberstufenzentrum" erwähnt, ich zitiere: "Es herrschen bereits jetzt enge Platzverhältnisse im Oberstufenzentrum Lenzhard. Wie aus den untenstehenden Tabellen ersichtlich, reicht der Schulraum gemäss Prognose bis ins Schuljahr 2027 knapp aus. Insbesondere dann, wenn die Operation mit Möriken-Wildegg realisiert werden kann und wenn sich die Zuteilungsverhältnisse auf die einzelnen Oberstufenzüge nicht grundlegend verändert. Ab dem Schuljahr 2028 fehlen mehrere Klassenzimmer im Oberstufenzentrum Lenzhard. Der Handlungsbedarf ist richtigerweise bereits im Winter 2019 Frühling 2020 erkannt worden. In dem Bericht von 2020 ist unter anderem aufgeführt, dass man eine Machbarkeitsstudie Lenzhard machen soll, in der man den Fragen nachgeht, welches Ausbaupotential hat die Schulanlage und kann man weiteren Schulraum auf dem Areal erstellen. Eignet sich die HPS hier noch für die oberste Stufe, oder kann man da etwas anders machen. Kann man eventuell auch noch das Schulhaus Mattenweg einbeziehen, um die Schulanlage Lenzhard zu entlasten. Am Schluss dieses Berichts im Jahr 2020 ist noch ein Zeitplan aufgeführt, indem aufgezeigt wird, was alles gemacht werden muss, wenn man 2028 die Schulzimmer haben will. Wenn man da zurück rechnet, dauert das sechs Jahre von der Planung zur Realisierung. Jetzt kommen wir auf den heutigen Abend zurück. In unserer Vorlage schreibt der Stadtrat, dass er im letzten Juni eine externe Erhebung zur Prognose der Schülerzahlen in Auftrag gegeben hat. Das Ergebnis dieser Erhebung ist in unserer Vorlage drin. Dort will ich im Einzelnen nicht darauf eingehen. Ich finde es einfach spannend, wie plötzlich Kinder entstehen. Also ich weiss nicht, ob die jetzt nachts irgendwie einfliegen oder mit dem Raumschiff kommen, aber plötzlich sind mehr Kinder da in der Oberstufe und weil da jetzt plötzlich mehr Kinder sind, brauchen wir plötzlich mehr Schulraum. Eine Vorrednerin hat es vorhin aufgezählt, zuerst kommt die Kindergartenstufe und die Unterstufe und dann geht es einen Moment, bis man in der Oberstufe ist. Aber plötzlich ist die Oberstufe da. Was ist das Fazit des jetzigen Berichts? Es besteht dringender Handlungsbedarf. Was für eine Erkenntnis 2023. Wir haben seit 2020 schon Handlungsbedarf, Lieber Stadtrat, wir haben seit 2020 Handlungsbedarf und weshalb? Weil irgendwo die Arbeit nicht gemacht wurde. Natürlich war auch Corona, das half nicht. Aber es gibt Zuständigkeiten, Schulbehörden, Stadtplaner und den Stadtrat, als Gremium und es gibt ein Stadratsmitglied, welches der Schule vorsteht. Irgendwo in diesem Trio wurde versagt. Wir sind planerisch immer noch mehr oder weniger gleich weit wie im Juni 2020. Wenn sie sich das Plänchen anschauen von den Containern sind die gleichen Schulbauten darauf die hier schon lange stehen. Einzig ein kleiner Container hat Platz gefunden. Dies alles haben wir 2020 schon gewusst. Was haben die Schulbehörden, Planer und der Stadtrat von 2020 bis 2023 gemacht? Ich weiss es nicht, aber sicher nicht, was sie hätten tun sollen, nämlich eine Schulraumplanung.

Sie haben irgendetwas anderes gemacht und darum haben wir heute Abend eine Feuerwehrübung. Zu der ganzen Situation mit diesen Defiziten kommt hinzu, dass wir an der Infoveranstaltung noch fast erpresserische Wortmeldungen gehabt haben von Seiten des Stadtrats und der Bauverwaltung, dass man dieser Vorlage hier gefälligst zuzustimmen hat, weil sonst irgendwann Lehrkräfte unsere Schule verlassen, weil wir nicht mehr attraktiv sind. Lieber Stadtrat, der Einwohnerrat ist ganz sicher

nicht schuld an der jetzigen Situation und wir sind sicher auch nicht schuld, wenn Lehrkräfte diesen Verein hier verlassen. Es ist euer Gremium, welches sich offenbar lieber anderen Themen zuwendet als der Schulraumplanung. Uns anzuweisen, dass wir dem so zustimmen haben, das ist einfach nicht die feine Art, so geht es aus unserer Sicht nicht. Aber weil die SVP-Fraktion der Entwicklung vom Lenzhardareal nicht im Weg stehen will, werden wir dem Antrag 2 für die externe Fachbegleitung für die weitere Planung mit der Erstellung eines Masterplans zustimmen. Aber unsere Vorlage hat noch einen Antrag eins. Im Antrag eins beantragt der Stadtrat den Verpflichtungskredit von CHF 1'347'000 Millionen für die Realisierung eines Container-Provisoriums. Vorgeschlagen in dieser Vorlage ist die Variante Ennetbaden mit Occasionscontainern von sechs Schulzimmern und drei Gruppenräumen. Wie alt und in welchem Zustand, diese Container sind und ob wir Garantien auf diesen Containern haben und wenn ja warum sind denn die Garantien? Das geht aus der Vorlage nicht heraus. Leider haben wir auch nur den Hinweis, dass ein 1:1 Vergleich schwierig ist. Da die Grundrisse bei anderen Anbietern anders sind. Für uns als Vertreterinnen und Vertreter vom Einwohnerrat wäre aber schon interessant gewesen, wenn wir eine Variante gehabt hätten mit neuen Containern beispielsweise. Da man hier das Fabrikationsdatum kennen würde und wüssten, wo noch Garantie drauf ist. Aber eben, Angaben dazu haben wir nicht.

Anlässlich der GPFK-Sitzung ist da noch die Information durchgedrungen, dass das Ganze der Submission unterliegen wird. Auch das steht nicht in der Vorlage. Ich lese in erster Linie die Vorlage durch und nicht die Zwischengespräche. Die Vorlage vermittelt einfach den Eindruck, dass wir mit der Annahme dieses Verpflichtungskredits, der Beschaffung von diesen Containern zustimmen, gemäss Modell Ennetbaden.

Dass diese Container eben Referenzcharakter haben, geht so aus dem Text nicht raus. Uns stört vor allem dieser Zeitdruck. Es wurde auch vorhin schon angesprochen. Man merkt, die Vorlage hat handwerkliche Mängel und das ist nicht gut. Wir sollten uns nicht zu überhasteten Entscheidungen hinreissen lassen. Der dringendste Handlungsbedarf ist im Moment, Platz zu finden für zwei Klassen. Für diese zwei Klassen müsste noch einmal eine Übergangslösung gesucht werden, auch wenn das schwierig ist. Das ist uns klar. Man müsste aber vielleicht auch einfach irgendwann mal über den eigenen Schatten springen. Es gibt im Leben nicht immer nur optimale Lösungen. Wir von der SVP-Fraktion sind der Meinung, wir sollten uns mehr Zeit geben für das Provisorium und dass man daher eigentlich den Antrag eins zurückweisen sollte. Man würde mit dieser Rückweisung in erster Linie Zeit gewinnen. Wir gewinnen Zeit, indem wir die ersten Erkenntnisse vom Masterplan einfließen lassen könnten. Wir geben vor allem aber auch dem Stadtrat Zeit, eine oder noch mehrere Lösungen zu erarbeiten. Lösungen welche mehr Flexibilität hinsichtlich des erwähnten und hoffentlich im Herbst vorliegenden Masterplan bieten. Es ist nämlich noch nicht gemacht mit der Unterbringung der zwei Klassen.

Mit der Rückweisung möchten wir vermeiden, dass jetzt Kosten entstehen, welche dann später, wenn wir den Masterplan haben, vermeidbar gewesen wären. Vielleicht könnte sich auch eine andere Möglichkeit abzeichnen, was die zwei Klassen anbelangt. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit mit den Zuweisungsgemeinden. Staufen ist auch nicht weit weg. Natürlich, es ist vorhergesagt worden, die Lehrer müssten hin und her rennen. Aber wie gesagt, Staufen ist nicht weit. Wir geben mit einer Rückweisung dem Stadtrat zudem die Möglichkeit, uns vom Einwohnerrat eine Lösung zu unterbreiten, damit ein qualifizierter Entscheid möglich ist. Vor allem auch, was der Umfang dieser Lösung ist, der Weg zur Lösung oder die geplante Dauer. Ich fasse zusammen, die SVP-Fraktion steht hinter der Schule. Wir befürworten das Erstellen des Masterplans. Wir erwarten den Beginn dieser Planung ab Februar 2024. Wir beanstanden die Verschleppung der Schulraumplanung in den letzten drei Jahren

auf das Schärfste. In dem Punkt hat der Stadtrat nicht erfüllt. Wir stellen Antrag auf Rückweisung vom ersten Antrag, der drin ist, da das vorliegende Angebot aus unserer Sicht kein gutes Angebot ist. Unser Antrag lautet wie folgt.

Der Antrag 1 Verpflichtungskredit für die Realisierung des Container-Provisorium Lenzhard, Kauf inkl. Möblierung in der Höhe von CHF 1'347'207 Millionen inklusive Mehrwertsteuer ist zurückzuweisen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben ganz am Anfang heute Abend über Rückweisungen und über solche Anträge diskutiert. Jetzt wollen wir schauen, wie stark dieses Votum hält. Wir sind der Meinung, mit einer Rückweisung verlieren wir nichts, sondern wir gewinnen. Ich hoffe, sie unterstützen die Rückweisung, auch wir stehen hinter der Schule.

Vizeamman Andreas Schmid: Ich glaube, es ist jetzt der richtige Moment, um etwas von Seiten Stadtrat zu sagen. Wir haben viel gehört, erlaubt mir bitte ein bisschen auszuholen.

Wir haben jetzt gerade von Mige Häusermann die Frage gehört, was wurde gemacht seit 2020, wo man die Schulraumplanung vorgestellt hat. Ich von Seiten Stadtrat kann sagen, was man seit 2022 gemacht hat, als man mit dem neuen Stadtrat, mit der neuen Ressortvorsteherin der Schule und mit mir als Ressortvorsteher der Abteilung Immobilien startete. Ich kann euch versichern, dass der Schulraum generell, aber insbesondere der Schulraum an der Oberstufe ein sehr hoch gewichtetes Thema ist.

Wir haben mehrfach mögliche Alternativstandorte hier in der Umgebung des Lenzhard Schulareals angeschaut. Wo könnten wir ausweichen und wo gibt es Liegenschaften, welche in Frage kommen. Es ist im Moment nicht einfach auf dem Areal irgendeinen Ergänzungsbau zu machen, ohne dass man sich längerfristig etwas verbaut. Ein weiterer Punkt, welcher für uns ein Hemmnis war, ist die Zukunft der HPS. Wir wissen, auch die HPS hat nicht ideale Räumlichkeiten hier und platzt aus allen Nähten. Auch da besteht Handlungsbedarf in Zukunft. Aber da gibt es Abhängigkeiten mit dem Kanton. Da können wir nicht frei entscheiden, z.B. etwas für die HPS zu mieten und die Räumlichkeiten für die Oberstufe zu nutzen. Es ist nicht so einfach, sobald man die HPS in die Planung miteinbezieht. Auf der anderen Seite ist es entscheidend, dass man die HPS mit in die Planung einbezieht, weil sie einen zentralen Standort auf dem ganzen Areal hat. Wirklich eine weitere Schwierigkeit in dieser Planung konkret zu werden und ein Bauprojekt auszuarbeiten. Wir haben damals den Schwerpunkt gelegt, man will lieber auf ausserhalb des Schulareals ausweichen, wenn möglich. Grundsätzlich will der Stadtrat an dem Modell mit zwei Schulstandorten festhalten. Man hat die Primarschule an einem Ort und die Oberstufe an einem anderen Ort. Es ist also viel gelaufen.

Im letzten Jahr haben wir dann gesagt, jetzt müssen wir aktiv werden. Zuerst wollten wir einen Elementbau realisieren auf dem Schulareal. Ein Elementbau kann schnell realisiert werden und wenn es sein muss, könnte er auch wieder umplatziert werden. Wir haben die steigenden Zahlen gesehen, das haben wir heute Abend gehört, und wir waren der Meinung ein Elementbau ist genau das Richtige. Was ist passiert. Wir waren im regelmässigen Austausch mit der bestehenden Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe besteht aus Barbara Portmann, Remo Dobler als Betriebsschulleiter, ein Schulleiter der jeweiligen Standorte, Linda Kleiner als Abteilungsleiterin Immobilien und ich. Wir haben intensiv gearbeitet. Ende November wurden die definitiven Zahlen von Wüst und Partner präsentiert. Wir haben mit hohen Zahlen gerechnet aber die Zahlen sind dermassen hoch, dass wir gesagt haben, jetzt müssen wir die Masterplanung abwarten. Ein Elementbau wäre auch eine grosse Investition geworden von über CHF 3 Millionen. Aber wir haben gesagt, wir können nicht mit einem

Elementbau planen, wenn wir nicht wissen ob zukünftig vielleicht sogar ein drittes Schulareal in Frage kommt. Wir müssen die Übung im Moment pausieren und den unmittelbaren Bedarf klären. So sind wir auf diese Containerlösung gekommen. Ihr könnt mich gerne zitieren ich habe schon ein paarmal gesagt, ich bin nicht ein Befürworter von Containern. Ich bin der Meinung, wenn es irgendwie möglich ist Container zu verhindern, dann muss man das machen. Aber in dieser Ausgangslage war es wahrscheinlich die vernünftigste Lösung. Ende November waren die Zahlen klar und wir haben gewusst wir wollen diese nicht ein halbes Jahr zurückhalten. Wir wollen diese Zahlen in der Januar-sitzung kommunizieren. Für diese Sitzung war der Traktandenschluss kurz vor Weihnachten. Es blieben uns also knapp drei Wochen, um eine Vorlage zu schreiben. Der Stadtrat hat sich schwergewichtigsmässig mit diesen Zahlen auseinandergesetzt. Wir wollten diese auch plausibilisiert haben, ob das überhaupt sein kann. Wir haben uns intensiv mit dieser Masterplanung auseinandergesetzt und gleichzeitig wollten wir die Machbarkeit von solchen Containern abgeklärt haben. Ich muss an dieser Stelle eingestehen, dort ist uns in der Vorlage ein Fehler unterlaufen. So wie die Vorlage geschrieben ist, suggeriert sie, dass man genau dieses Provisorium kaufen möchte. Aber ich möchte an dieser Stelle die Unterstellung zurückweisen, dass wir ein offenes Beschaffungsverfahren durchführen, welches auf diese Containerlösung zugeschnitten ist. Das wollen wir bestimmt nicht. Ich glaube wir waren immer sehr transparent und korrekt, wenn es um das Beschaffungsverfahren gegangen ist. Ich glaube die Stadt Lenzburg hat schon sehr lange keine Fehler mehr gemacht, wenn es um Beschaffung ging. Ich möchte an dieser Stelle festhalten, es ist in der Vorlage nicht gut formuliert. Es wird ein falsches Vorgehen suggeriert in dieser Vorlage. Aber für uns, für die Abteilung Immobilien und ich glaube für alle Abteilungen, welche regelmässig Beschaffungen durchführen, ist klar, dass wir ein offenes Verfahren durchführen müssen. Für ein selektives Verfahren reicht die Zeit nicht. In dieser Situation hat man das mal anders gemacht. Wir haben uns gesagt, was gibt es auf dem Markt. Wir haben geschaut was kostet das und haben festgestellt die Beschaffung kostet uns CHF 850'000. Wir reden also nicht von CHF 1'350'000 Millionen. Es sind CHF 850'000 mit welchen man in der Beschaffung gerechnet hat. Wenn ein günstigeres Angebot beschafft werden kann, nehmen wir natürlich das günstigere. Es kann auch sein, dass das günstigste Angebot dann teurer ist. Man muss schauen, wie gross die Abweichung ist und es noch innerhalb des Kredits ist oder es vertretbar ist den Kredit zu überschreiten, um diese Vergabe tätigen zu können. Aber das wissen wir dann, wenn wir die Vergabe durchführen bzw. die Submission durchgeführt haben. Der Stadtrat hatte nie die Absicht genau dieses Provisorium zu beschaffen. Wir haben Machbarkeit abgeklärt, denn es würde nichts bringen, das Geld abzuholen für die Beschaffung und am Ende gibt es nichts auf dem Markt. Die andere Variante wäre gewesen wir machen zuerst die Beschaffung und kommen dann im Mai oder im Juni an die Sitzung mit einem Kredit und dann wissen wir was es kostet. Jetzt hatten wir einfach die Situation, dass wir die Zahlen gekannt haben. Wir wollten euch informieren. Wenn wir in ein offenes Verfahren gehen, wird das publiziert. Wir publizieren also Zahlen, die ihr noch nicht kennt und dann haben wir kommunikationstechnisch eine schwierige Situation. Darum haben wir in diesem Fall entschieden es umzudrehen. Wir schauen, was gibt es am Markt und wie gross ist der Kostenrahmen, in dem wir uns bewegen wollen, holen den Kredit ab und gehen dann in ein Beschaffungsverfahren. Man muss hier den kritischen Voten Recht geben, es gibt Risiken, die damit verbunden sind. Erstens wissen wir nicht, ob es ein Angebot gibt in diesem Beschaffungsverfahren. Wir müssen ein Baubewilligungsverfahren einreichen für das Provisorium, wir wissen nicht, ob es Einsprachen gibt. Also auch da ist eine gewisse Unsicherheit vorhanden mit welcher wir leben müssen. Eine Option, welche wir auch geprüft haben, war die Miete. Da gibt es ebenfalls zwei Faktoren, welche uns einschränken. Wenn wir nicht vor den Einwohnerrat gehen wollen, müssen wir uns mit dem Mietmodell innerhalb der Kompetenzsumme des Stadtrats bewegen. Das sind CHF 100'000, welche

wir ausserordentlich hätten beschliessen können. Nächstes Jahr hättet ihr es mit dem Budget genehmigen müssen. Ja, grundsätzlich machbar. Aber wir wären eingeschränkt gewesen im Volumen oder der Grösse dieses Provisoriums. Auch da wieder das öffentliche Beschaffungswesen. Wenn ich einen Mietvertrag eingehe, bin ich limitiert auf CHF 150'000, welche mir das Submissionsrecht vorgibt. Also habe ich dann einen Mietvertrag für zwei Jahre und bekomme nicht sechs Schulzimmer für zwei Jahre. Also hätte man mit den Schulzimmern runtergehen müssen. Wir beobachten im Moment, dass der Markt für diese Container sehr umkämpft ist. Also garantiert mir niemand, dass ich in zwei Jahren den Container behalten darf. Wir könnten versuchen dies vertraglich so zu sichern. Das war ein Abwägen und wir haben uns in dieser Situation nicht für die Miete entschieden, sondern den Kauf. Dann sind die Container gesichert. Wenn wir sie länger brauchen, haben wir sie und wenn wir sie in der Primarschule brauchen, können sie dahin gestellt werden und wir haben da wieder Luft. Vor diesem Hintergrund haben wir entschieden das jetzt zu machen und mit der Kauflösung in den Einwohnerrat zu kommen. So, jetzt habe ich alles gesagt, ansonsten dürft ihr mich gerne ergänzen.

Fabian Würmli (SP): Liebe Einwohnerräte, liebe Stadträte, geschätzte Gäste, werte Anwesende, in eigener Sache als Architekt und ich kann es vorwegnehmen, kann ich dem Geschäft so nicht zustimmen beziehungsweise wäre der Rückweisungsantrag in dem Fall eine Option.

Für mich sieht es ein bisschen aus, als hätten wir keine Alternative. Es wurde jetzt sehr gut erläutert. Ich glaube, man hat sich wirklich darum bemüht, ich sehe das. Ich möchte das auch nicht kritisieren. Ich finde es lobenswert, dass wir bis heute nie eine Containerlösung gebraucht haben. Ich finde es auch lobenswert, dass man eine Bedarfsanalyse gemacht hat, aber Stand heute haben wir eigentlich nichts ausser die Containerlösung und das bedauere ich. Hier drin sind wir 40 Einwohnerräte, welche alle aus verschiedenen Berufen kommen, verschiedenes Fachwissen haben. Ich glaube, ich hätte mir lieber mal eine Informationsveranstaltung mehr gewünscht, in der man sagt, wir haben aktuell zwei Schulareale und wir haben vielleicht noch keine Lösung, anstatt dass man nur eine Notlösung hat. Eine Notlösung ohne Alternative, da bin ich nicht sicher, wenn ich das Schulhaus hier anschau. Das ist vor etwa 12 Jahren gebaut worden. Das ist massiv, das ist solid, das hält, das ist gut, es ist auch nicht wahnsinnig hoch. Ich bin der Meinung, man könnte eine Aufstockung prüfen, dann könnte man die sechs Schulzimmer wenigstens auf August 2025, realisieren. Bei einer Aufstockung reden wir vielleicht von sechs Monaten Bauzeit und von CHF 2.0 - 2.5 Millionen, dann haben wir noch 12 Monate Zeit zum Planen. Oder ein Holzelementbau. Ich habe eine Offerte mitgebracht, die ist CHF 1,8 bis 2 Millionen. Dafür bekommen wir genau die gleiche Grösse wie für die sechs Container. Das kann man auch kaufen und hat eine Lebensdauer von rund 50 Jahren. Es ist einfach, ökologisch, nachhaltig, günstig. Darum bin ich der Meinung, bevor wir jetzt darüber abstimmen, die Container zu kaufen, müsste man sich wirklich noch einmal Gedanken darüber machen. Was verschonen wir uns, wenn wir zum Beispiel den Schultrakt vorne aufstocken. Dann haben wir drei Schulzimmer mehr, dann noch ein Schulzimmer andocken, dann haben wir zusätzlich noch drei Zimmer übereinander. Das gäbe die benötigten sechs Schulzimmer. Das ist eine Möglichkeit. Ich glaube, mit dem würde man sich nichts verbauen, weil es schon gebaut ist und man hat immer noch die Möglichkeit mit der HPS weiter zu planen. Ich möchte auch, dass alle Schüler auf diesem Areal sind. Das ist absolut richtig, dass das Oberstufenzentrum da ist und ich glaube, ja mein Fazit ist, dann mieten wir die Container bis im August 2025. Wir brauchen nur die Hälfte und ein Jahr mieten ist sicher günstiger als die CHF 850'000 in Container zu investieren. Für das Doppelte vom Geld hätten wir dann ein richtiges Element und für noch ein bisschen mehr Geld hätten wir eine dauerhafte Lösung.

Ich glaube dies wäre eher die Lösung und man könnte die Energie anstatt für die Beschaffung von Containern in die Planung investieren. Merci.

Marcel Strebel (FDP): Geschätzte Anwesende von allen Organisationen, von allen Tischen, egal in welcher Funktion, ich stehe sehr spontan hier vorne. Wir haben schon viel über Geschichtsschreibung gehört, zu der Geschichtsschreibung sage ich nur noch, es ist schade, ist die Person heute Abend nicht da. Er kann es dann etwa in 2-3 Monaten nachlesen. Ich habe in anderem Zusammenhang schon gesagt, ich persönlich würde mir einmal mehr wünschen, wenn man sich bei so einem Geschäft mit so viel Herzblut und so viel Energie einsetzen würde, wie man das beim Thema Mittelschule gemacht hat. Angefangen hat es nämlich nicht erst bei der heutigen Schulministerin. Zu den Containern und dem Rückweisungsantrag. Wir haben, Janine du hast gesagt, ich gebe dir in diesem Fall ganz recht. Es gibt heute richtig lässige Container. Trotzdem die Frage in die ganze Runde: Wer von euch hat längere Zeit auf dem Bau gearbeitet? Hat einmal ein paar Tage hintereinander in einem Baucontainer drinsitzen müssen oder drin arbeiten müssen. Vielleicht ein Architekt, aber die meisten anderen wohl eher nicht. Wer von euch hat so wie ich, etwa 200 Militärdiensttage in Containern verbracht? Vermutlich niemand. Jetzt behaupte ich noch etwas, wenn wir einen Container wollen, indem es wirklich angenehm ist, und den Forderungen entspricht, dann reicht das Geld nicht. Sonst lade ich euch ein, zu mir in den Betrieb nach Emmen zu gehen, wir gehen Container anschauen, Andi du kennst sie eigentlich auch. Das ist äusserst unangenehm.

Ob sechs Monate für eine Aufstockung reichen, das wage ich zu bezweifeln. Der Angelrain beweist schliesslich etwas anderes. Ich bin dankbar für das Votum von Mige Häusermann mit dem Rückweisungsantrag vom Antrag 1. Ich bin auch Fabian extrem dankbar, dass du dort auch technisch noch darauf hin gepoppt hast. Dies ist überhaupt nicht abgestimmt mit der Fraktion. Es ist nicht abgestimmt mit den anwesenden Lehrpersonen. Ich werde dem Rückweisungsantrag von Mige zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Ruby Ott (FDP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, sehr geehrte Medienschaffende und Auskunftspersonen, liebe Gäste, ich weiss, man sollte nicht emotional werden, aber ich kann das Scheuklappendenken einfach nicht ausstehen. Es hat für Lehrpersonen nichts mit über den Schatten springen zu tun. Es gibt keine andere praktikable Lösung ausser derjenigen von Fabian gerade. Da bin ich jetzt positiv überrascht. Ich hoffe, dass der Stadtrat dies auch noch in Betracht zieht. Es geht immer um die Lehrpersonen, es heisst immer springt über euren Schatten. Darum geht es nicht. Wir wollen eine Regionalschule sein, eine Zentrumsgemeinde. Dem sollen und wollen wir auch Folge leisten. Aus stundenplantechnischer Sicht ist es nicht möglich den Schulstandort fernab vom Lenzhard zu suchen. Weshalb? Es gäbe in jeder 10 Uhr und 15 Uhr Pause einen Wechsel wegen den Fächern AW, TW, WAH, Musik Sport und NT. All diese Fächer brauchen andere Räume. Dies alles ausserhalb vom Lenzhard ist nicht möglich. Man müsste immer ins Lenzhard zurückkehren. Oder eben ins Artoz Areal, ins Angelrain, wir gehen schon nach Staufen zum Turnen. Was noch dazu kommt, die Klassen, welche ausgesondert werden, dürften keine Freifächer mehr besuchen. Weshalb? Weil es auch da nicht mit dem Stundenplan vereinbar wäre. Auch ich bin nicht begeistert von der Containerlösung aber wir schaden, wenn wir es ablehnen, unseren Schülerinnen und Schülern und somit unserer Zukunft. Darum bitte ich alle inbrünstig, stimmt diesem Rückweisungsantrag nicht zu, sondern schauen wir positiv in die Zukunft für unsere Schülerinnen und Schüler. Vielen herzlichen Dank.

Christoph Nyfel (FDP): Geschätzte Damen und Herren, ich mache es wie Marcel, am Tisch von allen Räten auf allen Stühlen. Wir können noch weiter retour gehen. Ich habe 1990 in Staufen, die Schule angefangen und 1991 sind wir ausquartiert worden ins Zopfhaus, weil die Schulraumplanung nicht gehalten hat. Klar das war im Dorf Staufen und nicht in der Stadt Lenzburg. 34 Jahre später und wir haben es noch immer nicht im Griff. Kommen wir zur neuen Geschichte. Eigentlich ist meine ganze Rede über den Haufen geworfen worden, weil das Meiste schon gesagt wurde. Mige du hast sogar zitiert, was auch ich zitieren wollte. Ich möchte aber noch zwei weitere Punkte einbringen. 26. September 2019 Beantwortung der Anfragen GLP-Schulraumplanung Lenzburg, Frage wird es aufgrund der bekannten Bevölkerungsstatistik in absehbarer Zeit zusätzliche Schulbauten, fixe oder Provisorien brauchen, kann man übrigens nachlesen in den Protokollen. Antwort Stadtrat: Die Arbeitsgruppe Schulraumplanung hat im letzten Frühling, 2019, ihre Tätigkeit aufgenommen und erarbeitet verschiedene Lösungsansätze. Der Stadtrat will ein langfristiges Arbeitspapier erarbeiten, dass die Schüler und Abteilungsprognosen mit den Auswirkungen auf den Schulraum aufzeigen soll. Einwohnerratssitzung 12. März 2020: Beantwortung Anfrage die FDP-Schulraumplan im Oberstufenzentrum Lenzhard Fragestellung fünf: Genügt der vorhandene Schulraum des Oberstufenzentrums Lenzhard für die nächsten zehn Jahre? Ich nehme die Wortmeldung von dir Mige, welche sowohl für unsere Anfrage verwendet wurde wie dann auch in der Berichterstattung. Jetzt wird es aber interessant. Ich kann ihnen sagen, die Studie von Wüst und Partner, da bin ich überhaupt nicht damit einverstanden. Ich glaube, die ist kreuzfalsch. Sie ist diametral also entgegengesetzt zu den statistischen Ämtern des Kantons Aargau. In dieser Schulraumplanung von 2020 darf man schwarz auf weiss nachlesen, basierend auf den Statistiken geht der Kanton Aargau von einem Bevölkerungswachstum aus von im Schnitt 1,3 %. In Lenzburg dürfte man vom Doppelten ausgehen oder zumindest von 2 %. Ebenfalls vom statistischen Amt: Bevölkerungszahl Lenzburg 2020: 11'022 Personen, 2021: 11'029, 2022: 11'191 und per 31. Dezember 2023 11'104. Also in der Dekade, welche berechnet wurde, haben wir schon einmal vier Jahre ohne Bevölkerungswachstum in Lenzburg.

Da frage ich mich schon, was Wüst und Partner gerechnet hat. Insbesondere wenn man dann ausser Acht lässt, wieso wir diesen Bauch bei den 25 bis 35-jährigen in Lenzburg haben. Ja weil man nur 1½, 2½ und 3½-Zimmerwohnungen gebaut hat, welche im Schnitt nur maximal 24 Monate bewohnt werden. Das sind nicht Menschen, welche in Lenzburg eine Familie gründen wollen. Oder kennt ihr jemanden der im Lenz in einer Einzimmerwohnung mit Kindern wohnt? Oder in der Widmi in einer 2½-Zimmer Wohnung mit zwei Kindern. Ich nicht. Also genug der Worte der Vergangenheit. Andi du hast es selbst gesagt, was der Stadtrat 2022 über die Schulcontainer gesagt hat.

Ich bin klar der Meinung, persönlich, ich rede nicht für die FDP, jawohl, wir werden zurückweisen. Ich würde Fabian zustimmen, wir mieten. Ich gehe da jetzt noch weiter. Das habe ich übrigens auch vor einem Jahr beim Stadtrat mal platziert, da werden wir ein bisschen kreativ. Fordern wir doch heute 50 oder 100 Lenzburger auf, einen Verein zu gründen. Dann legen wir ein bisschen Franken auf den Tisch und der Verein "zukünftiges Schulhaus Lenzburg" kauft einen solchen Container, und zwar aus Holz, für CHF 1'200'000 Millionen, Offerte vorliegend. Dann gehen wir zu Matthias Ott und den Ortsbürgern dann hätten wir Lenzburgerholz, dann wird es noch günstiger und dann wird das in sieben Monaten gebaut. Wenn die Hypi dann noch einen Kredit gibt für diesen Bau usw. Vielleicht auch utopisch Ich weiss es nicht. Aber ich glaube Lenzburg hat genügend Leute, welche Geld für so etwas zur Verfügung stellen würden.

Abschliessend möchte ich etwas sagen. Ich bin seit dem 1. Oktober 2019 in diesem Rat. Wir haben X-Mal exakt die Thematik hier drin angesprochen.

Niemand übernimmt Verantwortung. Wir hatten Lehrer hier drin, wir hatten eine Schulpflege wir hatten eine Schulpräsidentin, alle haben das Gleiche gesagt. Und jetzt stehen wir hier mit grossen Augen. Wer übernimmt die Verantwortung für diese schlechte Planung. Fertig.

Vizeamman Andreas Schmid: Ich bleibe bei den Zahlen bei meinem Votum, vielleicht wird Barbara noch etwas anderes ergänzen. In dieser Debatte wird suggeriert, wir geben CHF 850'000 oder sogar CHF 1'300'000 Millionen aus für ein Provisorium und mieten würde uns, sagen wir mal CHF 10'000 kosten. Ich möchte kurz festhalten. Wir kaufen das Provisorium, nutzen es solange wir es brauchen und dann verkaufen wir es wieder. Stand heute gehen wir davon aus, dass es günstiger ist, wenn wir das Provisorium kaufen und später wieder verkaufen, als wenn wir jeden Monat Miete für ein Provisorium zahlen. Von dieser Situation können wir im Moment ausgehen und deshalb haben wir gesagt wir kaufen und mieten nicht. Ich möchte das noch vor Augen führen. Man sollte nicht die jährliche Miete von CHF 20'000 mit CHF 850'000 vergleichen. Wenn wir acht Jahre mieten, haben wir am Schluss nur Geld ausgegeben. Wenn wir das Provisorium kaufen und nutzen und am Ende noch für CHF 200'000 verkaufen können war unter dem Strich kaufen günstiger. Das möchte ich an dieser Stelle noch gesagt haben.

Stadträtin Barbara Portmann: Danke Andi für die Erläuterungen. Ich möchte auch gerne noch zwei, drei Sachen sagen. Ich bin nicht seit zehn Jahren, nicht seit 20 Jahren dabei, sondern seit 2022 und ich kann wirklich bestätigen, es ist nicht so, dass wir ganz viel anderes oder gar nichts gemacht haben. Wir haben das Thema eng begleitet. Wir wollten aber zuerst die Zahlen. Den Zeitpunkt für die Erarbeitung der Zahlen hätten wir beschleunigen sollen. Das wäre gut gewesen, wenn wir hier schneller gewesen wären und diese Zahlen frühzeitiger gehabt hätten. Dann hätten wir auch die Vorlage mit mehr Zeit ausarbeiten können. Das ist wirklich das, wo man sagen kann, dort hätten wir eine Runde schneller sein sollen. Wir waren aber nicht mit irgendwelchen Sachen beschäftigt. Wir sind unter anderem auch mit der modularen Tagesschule beschäftigt gewesen, welche uns auch relativ viele Ressourcen gekostet hat. Parallel dazu ist die Geschichte mit der HPS ebenfalls am Laufen. Das Projekt ist gestartet. Ich bin gerade heute das dritte Mal beim Kanton gewesen um Neuigkeiten mit dieser Abteilung Sonderschule, Heime und Werkstätten austauschen, wie wir das Projekt aufgleisen könnten. Es geht dort nicht darum die HPS einfach zu ersetzen, sondern für die HPS ein neues Konzept zu erarbeiten für mehr Kinder auch mit mehrfach Behinderungen. Eine relativ komplexe Geschichte zusätzlich zu diesen anderen Themen welche gelaufen sind. Ich verstehe wirklich, dass man jetzt das Gefühl hat, jetzt weiss man das schon so lange und jetzt müssen wir hier eine Hau-rückübung machen. Das ist unglücklich. Ich glaube niemand von uns vom Stadtrat ist damit zufrieden, dass wir so kurzfristig eine Lösung haben müssen. Wir haben sie aber jetzt schlichtweg nach einer Analyse der Situation für die einzig sinnvolle und pragmatischste Lösung gehalten. Wir haben Alternativen geprüft, sie sind aufgezeigt worden, Andi hat es noch einmal erläutert. Wir haben vielleicht nicht sämtliche kreative Ideen auch noch geprüft. Das ist so und man kann die weiterhin eingeben. Die Container würden uns Luft verschaffen, dass man eben auch kreativ beim Bestand zum Beispiel Erweiterungen machen könnten, dass wir modulare Ergänzungen machen könnten oder dass wir dann einen Neubau prüfen können. Wo auch immer dieser zustande kommen würde. Parallel dazu wird sich das mit der HPS klären. Wir gehen davon aus, dass wir im Laufe eines halben Jahrs dort Rahmenbedingungen haben, welche dann auch verlässlicher sein werden.

Der Hinweis von Christina von wegen Schulkommission können wir gerne so entgegennehmen. Das ist vor der neuen Zusammensetzung des Stadtrats entschieden worden, dass dies nicht gewünscht

wird. Meine persönliche Haltung - man kann es gerne versuchen und schauen, ob es zustande kommt. Ich sehe durchaus einen Mehrwert einer solchen Kommission oder einer Begleitgruppe.

Wir bitten jetzt darum, den Rückweisungsantrag abzulehnen und begeben uns auf diesen pragmatischen Weg. Wir werden grosse Herausforderungen haben auf allen Seiten, wenn die Zahlen stimmen, wenn Sie nicht ganz so stimmen, mindestens annäherungsweise wird es so kommen, das ist ja auch vom statistischen Amt entsprechend plausibilisiert worden. Die haben das auch gesehen. Es ist auch vom BKS noch angeschaut worden.

Soweit daneben liegt es nicht auch von den anderen Vorhersagen. Die Frage ist wie schnell. Aber mit dem Masterplan sollte man dann die Entscheidungsgrundlagen bekommen, um in die rollende Planung zu kommen und wir die nächsten Schritte zeitnah erledigen können. Wir werden das Projekt mit Hochdruck weiter vorantreiben.

Vizeamman Andreas Schmid: Ich möchte noch kurz etwas ergänzen zum Thema Public by partnership, es wurde angetönt. Ich denke das ist großartig, es wird in der Schweiz zwar generell noch nicht so genutzt, aber ich könnte mir schon vorstellen das da spannende Projekte entstehen könnten. Aber man muss schon sagen, das ist nicht dazu gemacht das Submissionsrecht zu umgehen.

Stadtrat Sven Ammann: Entschuldigung nur schnell 2 Sätze. Christoph, ich bin Mitunterzeichner gewesen 2019 von dieser Anfrage. Wir sind seit 2022 in dieser Konstellation. Wir haben weiss Gott lange über dieses Thema geredet, und einfach ganz am Schluss noch meine Tochter würde einen solchen Container besuchen. Sie kommt jetzt in die Oberstufe. Ruby du hast alles gesagt was gesagt werden muss. Wir haben lange nach der günstigsten Lösung gesucht und glauben daran, dass der Kauf am günstigsten ist und uns die grösste Flexibilität lässt für die nächsten fünf bis sechs Jahre.

Ivanka Bašić (SP): Geschätzte Anwesende, ich bitte euch, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Die Diskussion wurde sehr emotional und ich habe das Gefühl die Vernunft ist verloren gegangen. Man sollte einen Perspektivenwechsel machen und wieder die Kinder und die Bildung in den Fokus stellen. Der Stadtrat hat sich jetzt mehrmals entschuldigt und erklärt, wieso dass das so gekommen ist, wie es kam. Bis vor zwei Jahren ist die Schulpflege zuständig gewesen für die Schulraumplanung. Die gibt es nicht mehr und das können wir jetzt nicht mehr ändern. Ich bitte euch darum, stellt die Kinder wieder in den Fokus und lehnt diesen Rückweisungsantrag ab. Merci.

Abstimmung

Rückweisungsantrag:

Ja-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 29

Der Rückweisungsantrag wird mit 29-Nein zu 9 Ja-Stimmen abgelehnt.

Christoph Nyfele (FDP): Ja richtig, es ist emotional geworden. Sicher triggert die Lösung mit den Containern aus Ennetbaden. Ich hoffe, dass die Hürden, welche auch ein Submissionsverfahren durchlaufen wird, gemeistert werden können. Dass wir keine Einsprachen haben und gleichwohl relativ schnell bauen können und dass dann unsere Bauverwaltung auch sehr schnell eine Baubewilligung erteilen wird.

Ich würde aber inständig darum bitten, dass man wirklich eine Lösung sucht, welche auch ein Umfeld für die Kinder schafft, das angenehm ist. Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, dass die Containerlösung, so wie sie jetzt ist, einfach ein Dach über dem Kopf bietet. Aber es stellt garantiert kein Umfeld dar, in welchem sauber gelehrt und gelernt werden kann. Darum würde ich es gut finden, deshalb die Anspielung vorher an deinen Ehemann Ruby, vielleicht gibt es ja eine Lenzburgerlösung mit Holz.

Andi du hast es dann zunichtegemacht. Logischerweise muss man denen welche das Geld geben und diejenigen, welche die Aufträge entgegennehmen, eine saubere Trennung darlegen. Das ist ganz klar. Nichtsdestotrotz zwei Punkte zum Abschluss: Jawohl, wir brauchen eine Lösung. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass eine Mietlösung die bessere Variante ist, weil es Optionen gibt und weil es schnellere Optionen gibt. Sollte das nicht der Fall sein, dann hoffe ich, dass man im August nicht Container hier stehen hat, welche aus Materialien gebaut sind, die von China kommen, und allenfalls noch grau sind. Dies schafft garantiert kein optimales Klima für die Kinder.

Philippe Minnig (FDP): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Anwesende, wir sind wieder zurück beim Hauptgeschäft. Ich bin beim Antragspunkt zwei. Die Ansage, dass man einen Masterplan erarbeiten will, lieber Stadtrat, wenn der nicht meisterlich ist, wir nehmen euch beim Wort. Der muss gut sein. Ich komme auf Seite zwei doch auf eine relativ lange Auflistung von Gemeinden, welche da mitbeteiligt sind. Nun die Frage: Ist jemand dort vorstellig geworden? Es sind Lenzburg, Ammerswil, Othmarsingen, Staufen Rapperswil, Schafisheim, Seon. Dies könnte man fast noch mit dem Velo machen auch ohne Elektrobike. Vielleicht auch zu Fuss mal einen Tag lang bei allen Schulen vorbei gehen. Dort müsste man vielleicht mal vorstellig werden. So ein Masterplan beinhaltet für mich regelmässig auch die Koordination mit den Nachbarn.

Soweit ich das bisher höre von diesen Nachbarn, per Zufall ist eine Gemeinderätin von Rapperswil bei mir im Büro, und der Mann einer Gemeinderätin von Möriken auch, ist man dort noch nicht vorstellig geworden. Da interessiert es jetzt einfach mich, wie man sich das vorstellt. Wenn man vielleicht noch nicht an einem Tisch gesessen ist oder nur über bilaterale Gespräche, wie möchte man denn die Koordination fertigbringen. Es ist eine Gesamtbetrachtung über den ganzen Raum nötig. Man kann das nicht separieren. Es ist eine Regionalschule, auch andere Schulen wie Seon welche schon länger Schüler aus Nachbargemeinden aufnehmen, müssen planen können. Ich finde dies sollte ein besonderes Augenmerk verdienen bei den Bemühungen des Stadtrats uns ein Meisterwerk vorzulegen.

Stadträtin Barbara Portmann: Ich nehme gerade Stellung dazu. Wir hatten einen intensiven Austausch mit den Nachbargemeinden, als es um die Fragestellung ging betreffend Rapperswil, wie wir mit diesen Schülerinnen und Schülern umgehen. Wir haben mit Möriken-Wildegg auf allen möglichen Stufen auch Austausch gehabt. Jetzt konkret für die neue Herausforderung, wie gesagt, wir haben die definitiven Zahlen Ende November erhalten. Diese haben wir allen Nachbargemeinden zugestellt und teilweise zusammen telefoniert, teilweise bilaterale Gespräche geführt, denn wir wollten nicht, dass sie aus den Medien lesen müssen, wie ihre Dörfer wachsen. Wir haben darin auch erwähnt, dass wir dies mit den Nachbargemeinden noch anschauen werden. Ammerswil ist sehr eng mit uns in der Regionalschule verbunden. Ammerswil hat selber gerade Container aufgestellt. Diese sind jetzt in Betrieb und im Übrigen sehr schön geworden. Mit den anderen Gemeinden für die Oberstufe werden wir den Austausch nochmals suchen. Wie wir das machen, müssen wir noch entscheiden. Das können wir aber nicht einfach einseitig. Da gibt es gesetzliche Grundlagen im

Schulgesetz. Da ist der Lebensraum Lenzburg Seetal beziehungsweise Regionalplanungsverband einzubeziehen. Diesen Prozess werden wir nochmals starten. Aber trotz allem, wir haben eine regionale Verantwortung. Wir können da auch nicht von heute auf morgen die Gemeinden einfach ausladen. Bei den Finanzen kann man sagen, all die Aufwendungen werden über Schulgelder entsprechend abgerechnet. Die Gespräche werden wir starten insbesondere auch mit Staufeu, weil wir da auch räumlich sehr eng verbunden sind. Dort wird auch angeschaut, wie wir allenfalls auch weitere Planungen gemeinsam machen können und welche Optionen es gibt. Nichtsdestotrotz jetzt haben wir ein bisschen Zeit, sofern der Einwohnerrat jetzt zustimmt, um diese Planungen, Absprachen und allenfalls Vertragsänderungen mit der nötigen Sorgfalt zu erledigen.

Abstimmung

Antrag 1:

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen: 4

Enthaltungen: 3

Der Antrag 1 wird mit 31 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung

Antrag 2

Ja-Stimmen: 37

Nein-Stimmen: 1

Der Antrag 2 wird mit 37 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme angenommen.

Einwohnerratspräsident Beat [Hiller](#) (GLP): Wir kommen jetzt zur Beantwortung der Anfragen.

7 (23/75) Schriftliche Anfrage: SP: SWL Grundpreis: Beantwortung

Anfrage:

Grundpreis» der SWL: Erhöhung per 1. Januar 2024 und Grundsätzliches

Gemäss Schreiben der SWL vom 31. August 2023 wird der monatlich erhobene «Grundpreis» pro Haushalt/Anschluss von 9 auf 10 Franken erhöht. Absolut ist es «nur» eine Erhöhung um einen Franken, prozentual mit 11% aber doch beachtlich. Vor allem ist in diesem Schreiben kein Grund dafür zu finden. Die weiteren Preiserhöhungen werden meist nachvollziehbar erläutert (Energie, Netznutzung, Abgaben).

Auf Nachfrage bei der SWL (Mailverkehr mit Christian Stalder vom 13. und 14. September) erfolgte keine Erklärung für die Preiserhöhung. Es wurde einzig ausgeführt, welche Komponenten im Grundpreis enthalten sind:

- Die Software
- Lizenzkosten
- Anschaffungskosten SMART METER
- Zählerauslesung
- Personalkosten

Somit beinhaltet der «Grundpreis» vor allem den Smart Meter und die zugehörigen Leistungen. Eine Gewichtung der Kostenpositionen wurde auf Nachfrage nicht zugestellt. Die Personalaufwände (Zählerauslesung und Personalkosten) dürften nur einen sehr kleinen Teil ausmachen (Fernzugriff auf die Smart Meter), der grosse Kostenblock dürften die Smart Meter selbst sein. Diese Zähler sind in der Regel über nach wenigen Jahren amortisiert und sollten im Gegenteil je nach Alter günstiger oder gar gratis werden. Dann fällt allenfalls noch ein minimaler Aufwand für den Betrieb, Software mit Lizenzkosten, an.

Daher die Anfrage an den Stadtrat bzw. die Bitte, dies via SWL klären zu lassen:

1) Wieso steigt der «Grundpreis» per 1.1.2024 um 11% an? Können Preisveränderungen beim «Grundpreis» künftig im Informationsschreiben zu den Strompreisen ebenfalls aufgeführt werden?

2) Kann sich die SWL vorstellen, künftig auf den «Grundpreis» zu verzichten?

Die Zusammensetzung dieser Kosten (siehe oben) ist für Aussenstehende kaum nachvollziehbar. Gemäss den Ausführungen oben sollte auch die Amortisation der Smart Meter berücksichtigt werden. Wenn auf der Stromrechnung künftig 120 Franken wegfallen, wäre dies für einige Haushalte eine spürbare Entlastung.

Der Konsumentenschutz setzt sich zudem bereits seit längerem dafür ein, dass die «Grundpreise» der Stromanbieter abgeschafft werden sollten. Dies mit klaren und nachvollziehbaren Begründungen, die auch für Lenzburg (u.a. Klimastrategie) Sinn machen:

- Grundpreise sind Kopfsteuern: Jeder Haushalt zahlt unabhängig vom effektiven Verbrauch einen Sockelbeitrag. Diese benachteiligen kleinere, sparsame Haushalte. Ihnen entsteht damit ein verhältnismässig grösserer Teil der Stromkosten. Grundpreise verhindern somit Verursachergerechtigkeit und eine «effiziente Elektrizitätsverwendung» nach Art. 14 StromVG.

Antwort des Stadtrats:

I. Allgemeines

Die Strompreise setzen sich aus den Netznutzungstarifen, den Energietarifen, den Abgaben und Leistungen ans Gemeinwesen sowie der Bundesabgabe zur Förderung der erneuerbaren Energien, dem Netzzuschlag, zusammen. Zur anteiligen Deckung der Fixkosten verrechnet eine überwiegende Mehrheit von Netzbetreiber einen Grundpreis. Dieser Grundpreis ist Bestandteil der Netznutzung und gemäss Art. 18 der Stromversorgungsverordnung zulässig bzw. in der Höhe beschränkt. Der Netznutzungstarif bei Spannungsebenen unter 1 kV für Endverbraucher in ganzjährig genutzten Liegenschaften ohne Leistungsmessung muss zu mindestens 70 Prozent aus einem nicht-degressiven Arbeitstarif (Rp./kWh) bestehen. Ein allfälliger Grundtarif darf damit bei ganzjährig bewohnten Liegenschaften höchstens 30 Prozent ausmachen. Oder einfacher formuliert: Allen Haushalten wird eine Grundpauschale verrechnet, die aber nicht so hoch sein darf, dass sich Effizienzbemühungen bzw. Stromsparen nicht mehr lohnt. Ein Teil der Kosten der Netzbetreiber entsteht unabhängig vom effektiven Stromverbrauch der Kunden. In der Regel werden über den Grundpreis Aufwendungen um den Zähler (Gerätebeschaffung, Installation, Sicherstellung der amtlichen Eichung, Störungsbehebung), Ablesung, Rechnungsstellung, Inkasso, Service-Center etc. zumindest teilweise abgegolten. Mit dem Grundpreis kann diese Basis-Leistung verursachergerecht an die Kundschaft übertragen werden. Die gesetzlichen Vorgaben werden durch die Tarifstruktur der SWL Energie AG vollumfänglich eingehalten. Sie unterliegen zudem der Kontrolle der ECom.

II. Beantwortung der Fragen

Zur Frage 1: "Warum steigt der Grundpreis per 1.1.2024 um 11 % an?"

Die SWL Energie AG ist ebenfalls von steigenden Preisen bzw. der Teuerung betroffen. Um 2022 und 2023 die Kundschaft, welche durch die wegen Verwerfungen an den Energiemärkten gestiegenen Energiepreise bereits stark betroffen war, nicht auch noch durch eine Erhöhung des Grundpreises zusätzlich zu belasten, wurde damals davon abgesehen. Die unter anderem dadurch verursachte Unterdeckung kann für kurze Zeiträume in Kauf genommen werden. Für 2024 kann dies aus Sicht der SWL Energie AG nicht mehr verantwortet werden.

Die Interpretation des Interpellanten, dass die Kostensteigerung primär mit den Smart Metern zu tun hat, ist nur teilweise korrekt. Die SWL Energie AG betreibt seit mehreren Jahren eine Smart Metering Infrastruktur. Diese wird abhängig von den einzelnen Komponenten über 10 bis 15 Jahre abgeschrieben. Die entsprechenden Investitionen sind noch nicht abgeschrieben und werden deshalb bei der Kostenkalkulation nach wie vor berücksichtigt. Dazu fallen Betriebskosten für

Kommunikation, IT-Systeme und Personal an. Diese sind in den letzten Jahren aufgrund der knappen personellen Ressourcen in der IT-Branche kontinuierlich gestiegen. Ein weiterer Faktor für das Messwesen ist der Ausbau der dezentralen Stromproduktion. Die Tarifstruktur wird durch die SWL jährlich überprüft. Preisveränderungen sind im Kundenportal der SWL Energie AG (Microsoft Word - bf_230824_vm_Strompreiserhöhung 2024 (003) (swl.ch) ersichtlich, zusätzliche Ausführungen zu den Grundpreisen im Informationsschreiben drängen sich aus Sicht der SWL Energie AG aktuell nicht auf.

Zur Frage 2: "Kann sich die SWL vorstellen, künftig auf den Grundpreis zu verzichten?"

Aktuell verzichten nur ein paar grössere Städte oder einzelne Werke auf eine Verrechnung des Grundpreises. Jeder Haushalt verursacht Kosten, unabhängig davon, ob viele Personen in diesem Haushalt wohnen und sich sparsam verhalten oder nicht. Würde der Grundpreis abgeschafft, würde sich insgesamt keine Kostenreduktion ergeben. Die Kosten würden sich einzig verschieben. Wer allein lebt und dadurch wenig Strom pro Haushalt verbraucht, würde gegenüber Mehrpersonenhaushalten, insbesondere Familien, tendenziell bevorzugt. Gerade in Zeiten von Wohnungsnot wäre eine solche Kostenverlagerung fragwürdig. Dies erscheint weder aus Sicht der SWL Energie AG noch des Stadtrats erstrebenswert. Weiterhin gilt es, ein gutes Gleichgewicht zu erhalten. Ein Gleichgewicht, welches den pro Haushalt entstehenden Aufwand ebenso wie den Stromverbrauch berücksichtigt, erscheint nach wie vor zielführend. Der Stadtrat anerkennt die Herausforderungen der hohen Energiepreise. Er möchte jedoch an der Rollen- und Aufgabenteilung festhalten und nicht operativ in Preisberechnungen der SWL Energie AG eingreifen. Der Stadtrat hat im Bewusstsein für die Problematik im Budget 2024 nur die gemäss Eigentümerstrategie vorgesehene Mindestdividende eingestellt. Eine Erholung der Energiepreise zeichnet sich für 2026 ab.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller (GLP): Ich bitte Thomas nun zur Stellungnahme.

Thomas Schaer (SP): Grundsätzlich Danke für die Beantwortung der Anfrage. Unter Allgemeines ist ausgeführt, wie sich der Strompreis zusammensetzt. Das ist informativ, grösstenteils bekannt auf jeden Fall klar und nachvollziehbar.

Danach wird es aber ein bisschen schwieriger. Konkret einige Zitate aus dieser Beantwortung: Eine überwiegende Mehrheit von Netzbetreibern verrechnet einen Grundpreis. Jawohl, wie sie in der Anfrage formuliert war, eine Mehrheit ja aber eben nicht alle. Man dürfte sich also durchaus Gedanken machen, vor allem im Sinne einer verursachergerechten Verrechnung der Kosten und im Sinne der Energieeffizienz. Vielleicht müsste man da auch etwas weiterdenken, ein bisschen kreativer sein. Weiter: Allen Haushalten wird eine Grundpauschale verrechnet, die aber nicht so hoch sein darf, dass sich Effizienzbemühungen beziehungsweise das Stromsparen nicht mehr lohnt. Aber genau das kann eben hier der Fall sein. Mit einem solch allgemeinen fixen Grundpreis. Ein Grundpreis ist fix, unabhängig davon, ob sich jemand energieeffizient verhält. Effizienzbemühungen können sich ohne Grundpreis mit einer besseren Lösung noch mehr lohnen. Vielleicht unternimmt man erst dann wirklich ein bisschen mehr in die Richtung, wie wir es eigentlich alle wollen. Weiter: Mit dem Grundpreis kann diese Basisleistung (Aufwendungen um die Zählerablesung, Rechnungsstellung, Inkasso Service Center) verursachergerecht an die Kundschaft übertragen werden. Wieso da ein allgemeiner Grundpreis verursachergerecht sein soll, das erschliesst sich mir leider nicht. Entweder verursachergerecht mit allenfalls genauer Abrechnung oder eben ein allgemeiner Grundpreis. Weiter: Die Interpretation des Interpellanten, dass die Kostensteigerung primär mit den Smart Metern zu tun hat. Das war eigentlich nicht meine Interpretation, dass die Kostensteigerung vor allem mit

den Smart Meter zu tun hat. Grundsätzlich hat mich der Grund für die Kostensteigerung interessiert. Diesbezüglich wurde von der SWL leider nichts kommuniziert. Betreffend der Smart Meter würde mich eigentlich eher interessieren, und auch da ist die Beantwortung leider nur kurz erwähnt und nicht wirklich geklärt, wie es dann mit der Abschreibung dieser Smart Meter aussieht. Gemäss Beantwortung wird die Smart Meter Infrastruktur, welche vermutlich aber noch mehr beinhaltet, über zehn bis 15 Jahre abgeschrieben. Entfallen dann die Anteiligen Kosten für Smart Meter pro Haushalt? Ein weiteres Zitat: ein weiterer Kostenfaktor für das Messwesen ist der Ausbau der dezentralen Stromproduktion.

Auch hier geht es eigentlich wieder um Verursachergerechtigkeit. Wird durch die dezentrale Stromproduktion, beispielsweise PV-Anlagen, Mehraufwand verursacht, soll dieser entsprechend verrechnet werden, falls dem wirklich so ist. Oder ist das Problem vielleicht eher, dass diejenigen mit den eigenen PV-Produktionen nicht mehr so viel an die Leitungskosten zahlen, obwohl sie ja auch Strom beziehen, wenn die Spitzen gedeckt werden müssen. Allerdings die Netzkosten sind aus verschiedenen Gründen nun mal pro Kilowattstunde Verbrauch tarifiert und zu zahlen und nicht verdeckt über den Grundpreis. Weiters Zitat: Wer allein lebt und dadurch wenig Strom pro Haushalt verbraucht, würde gegenüber Mehrpersonenhaushalten, insbesondere Familien, tendenziell bevorzugt. Das finde ich ganz eine steile Aussage. Es werden erstmal Singles gegen Familien ausgespielt. Man hätte das nämlich auch ganz anders formulieren oder vergleichen können. Auch eine Familie, welche in einer einfachen Wohnung lebt, könnte bevorzugt werden beispielsweise gegenüber zum Beispiel dem Doppelverdiener Paar in einem grossen Haus mit Pool im Garten und Sauna im Keller. Auch diese beiden Fälle bezahlen denselben Grundpreis. Macht da die Bevorzugung der deutlich energieintensiveren Wohnform Sinn? Ist das gerecht? Weiter: Gerade in Zeiten von Wohnungsnot wäre eine solche Kostenverlagerung fragwürdig.

Da muss ich offen zugeben, dass ich die Aussage nicht verstehe. Wie ist der Zusammenhang von Grundpreis und Wohnungsnot? Das erschliesst sich mir wirklich nicht. Geht es da vielleicht eher um die teuren Mieten und um die hohen Energiepreise? Gerade dann wäre aber eben eine verursachergerechte Verrechnung ohne Grundpreis hilfreich. Schlussendlich das letzte Zitat: Eine Erholung der Energiepreise zeichnet sich für 2026 ab. Da überrascht vor allem die Jahreszahl. Ende 2023 konnte man in den Medien von der Strommarktbehörde Elcom lesen, dass die Marktpreise für Strom für das kommende Jahr, derzeit so tief sind wie noch nie seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs. Es ist also wirklich zu hoffen, dass wir in Lenzburg schon früher wieder deutlich tiefere Strompreise haben werden. Nochmal, ich danke grundsätzlich für die Beantwortung, aber es bleiben viele Fragen. Mir ist die Trennung Stadt und SWL auch klar, wie dies nochmals in der Beantwortung erwähnt wurde. Man an der Rolle und der Aufgabenteilung festhalten will und nicht in die operative Preisberechnung der SWL eingreifen möchte. Das war auch nicht Sinn der Anfrage. Der Sinn war ein anderer, eher eine Bitte auch an die SWL - Kommunikation, dass der Grundpreis 2022 und 2023 nicht erhöht worden ist, um die Energiebezüger ein bisschen zu schonen ist loblich. Das hätte man aber in einem Infoschreiben erwähnen können. Wie auch im aktuellen Schreiben, dass die Erhöhung in den letzten zwei Jahren nicht passiert ist, und die Unterdeckung jetzt aber nicht mehr in Kauf genommen werden kann. Das wäre eine proaktive Kommunikation gewesen. Umso unverständlicher ist erst recht die Aussage in der Beantwortung, jetzt wirklich das letzte Zitat: Dass sich zusätzliche Ausführungen zu den Grundpreisen im Informationsschreiben aus Sicht der SWL Energie AG aktuell nicht aufdrängen. So verschenkt man Chancen, das ist schade. Danke.

8 (23/73) Schriftliche Anfrage: SVP: Umgang mit Einwendungen/Beschwerden bei Baugesuchen im vereinfachten Verfahren: Beantwortung

Anfrage:

Mit Medienmitteilung vom 23. Juni 2023 hat der Stadtrat informiert, dass sich die

Stadtverwaltung im Umgang mit Kundinnen und Kunden bei seiner Vision «Lenzburg wirkt» und seiner Mission «Mit Lenzburg punktern» an den Werten Achtsamkeit, Kompetenz, Leistung und Entwicklung orientiere

Wenn es um den Umgang mit BeschwerdervEinwendungen bei Baugesuchen insbesondere im vereinfachten Verfahren geht, scheint dies allerdings nicht zu gelten. Das muss ich aus verschiedenen Rückmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern schliessen, die sich an mich gewendet haben, weil sie unzufrieden sind, wie ihre Einwendungen formell behandelt werden.

Es ist der Eindruck entstanden, dass Beschwerden von der zuständigen Abteilung oft auf die lange Bank geschoben werden und sie sich der Beschwerde erst annimmt, wenn sich die Beschwerdeführerinnen per Einschreiben an den Stadtrat wenden, was die Behandlung der Beschwerde aber selbst dann nicht immer wesentlich beschleunigt.

In einigen Fällen mögen sich die Beschwerdeführer/innen ob der wochen- und monatelangen Ignoranz geschlagen geben und sich frustriert zurückziehen. In anderen Fällen provoziert solches Verhalten aber Rechtsfälle, die unter Umständen auch auf Seite der Stadt vermeidbare Kosten verursachen.

Meine Fragen in diesem Kontext:

- Wie viele Beschwerden/Einwendungen gehen pro Jahr bei der Stadt zu Baugesuchen durchschnittlich ein? Zu Baugesuchen mit öffentlicher Auflage? Zu Baugesuchen mit vereinfachtem Verfahren? Ich gehe davon aus, dass diese Kennzahlen für die Führung der Abteilung bereits erhoben werden.
 - In wie viel Prozent dieser Fälle sind die Beschwerden/Einwendungen berechtigt – öffentliche Baugesuche? vereinfachte Verfahren?
 - Wie arbeitet die Stadt solche Fälle auf (Anpassungen von Abläufen, Weiterbildung etc.)?
 - Wie hoch sind die jährlichen externen Rechtskosten, die der Stadt aus der Behandlung von Beschwerden/Einwendungen entstehen?
 - Wieso verzichtet die Stadt darauf, den Absender/innen einer Beschwerde/Einwendung den Empfang derselben zu bestätigen, zumal der Aufwand für ein Standardschreiben oder Standardantwort-Mail minim ist?
 - Was erachtet der Stadtrat als angemessene Frist, in der die Beschwerdeführer/ Einwender mit einer Aufnahme ihrer Beschwerde/Einwendung rechnen dürfen?
 - Wie nimmt der Stadtrat das Controlling von Beschwerden wahr? Zu welchem Zeitpunkt erfährt er von Beschwerden? Verfügt er über eine Übersicht über die Anzahl und Art der eingegangenen und ausstehenden Beschwerden und deren Bearbeitungsfristen?
 - Wie sind die Stellvertretungen in der zuständigen Abteilung geregelt? Vermittelt die zuständige Abteilung ein kompetentes Bild nach aussen, wenn sie Verzögerungen mit Ferienabwesenheiten der zuständigen Person oder anderen (als wichtiger deklarierten) Arbeiten begründet? Wäre es nicht kundenorientierter und der Sache dienlicher, wenn den Beschwerdeführer/innen stattdessen verlässliche Termine genannt würden, wann sie mit einer Antwort rechnen dürfen?
- Besten Dank im Voraus für die Beantwortung der Anfrage.

Antwort des Stadtrats:

Der Stadtrat nimmt die Anfrage von Corin Ballhaus, Einwohnerrätin SVP, dankend zur Kenntnis und begrüsst kritische Fragen zu Verwaltungsabläufen. Diese dienen dazu, interne Prozesse zu hinterfragen und gegebenenfalls zu verbessern.

Der Stadtrat bedauert den Umstand der Anfrage. Sowohl der Stadtrat als auch die zuständige Abteilung beabsichtigen eine qualifizierte und fristgerechte Bearbeitung jeglicher Baugesuche, Einwendungen, Anfragen und Beanstandungen.

Die genannten Werte Achtsamkeit, Kompetenz, Leistung und Entwicklung sind gemeinsame Werte von Stadtverwaltung und Stadtrat und die Basis unseres täglichen Handelns. Ein gemeinsames "Commitment", welches wir anstreben – im Wissen darum, dass unser Handeln und unsere Arbeit stets verbessert werden können.

II. Beantwortung der Fragen

Zur Frage 1: "Wie viele Beschwerden/Einwendungen gehen pro Jahr bei der Stadt zu Baugesuchen durchschnittlich ein? Zu Baugesuchen mit öffentlicher Auflage? Zu Baugesuchen im vereinfachten Verfahren? Ich gehe davon aus, dass diese Kennzahlen für die Führung der Abteilung bereits erhoben werden".

Die Kennzahlen zu Anzahl Beschwerden oder Einwendungen wurden bis anhin von der zuständigen Abteilung nicht systematisch erhoben. In Zukunft soll das Monitoring der Bauverwaltung verbessert werden.

Eine **Einwendung** erfolgt im Rahmen eines öffentlich ausgeschriebenen ordentlichen Baugesuchs und kann während der Auflagefrist von 30 Tagen schriftlich an den Stadtrat gerichtet werden. Pro Jahr sind es durchschnittlich deren 24. Den Einwendenden wird der Empfang in der Regel umgehend bestätigt und die Einwendung der Bauherrschaft zur Stellungnahme zugestellt.

Der Entscheid des Stadtrats über das Baugesuch und die Einwendung kann mittels **Beschwerde** bei der zuständigen nächsthöheren Rechtsinstanz angefochten werden, sowohl von den Einwendenden als auch von der Bauherrschaft. Die Verfahrensleitung obliegt sodann der zuständigen Rechtsinstanz. Pro Jahr wird rund einmal eine Beschwerde gegen den Entscheid des Stadtrats geführt.

Im Rahmen von vereinfachten Baugesuchsverfahren gibt es üblicherweise weder Einwendungen noch Beschwerden, da die direkten Anstösserinnen bzw. Anstösser mittels Unterschrift ihre Zustimmung kundtun. Beschwerden sind äusserst selten (1x in 20 Jahren), wenn mittels Beschwerde geltend gemacht wird, dass fälschlicherweise ein vereinfachtes Verfahren durchgeführt wurde, obwohl ein ordentliches Verfahren notwendig gewesen wäre.

Neben Einwendungen und Beschwerden gehen bei der zuständigen Abteilung auch **Beanstandungen** und **Reklamationen** ein. Deren Zahl wird auf ca. 5 pro Jahr geschätzt und erfolgen oftmals telefonisch. Sie sind nur aktenkundig, wenn sie in formelle Verfahren münden, wie beispielsweise Immissionsklageverfahren oder nachträgliche Baugesuchsverfahren, etc.

Zur Frage 2: "In wieviel Prozent dieser Fälle sind die Beschwerden/Einwendungen berechtigt – öffentliche Baugesuche? Vereinfachte Verfahren?"

Einwendungen sind dann berechtigt, wenn deren Legitimation vorliegt. Die Legitimation ist abhängig von der Betroffenheit, bzw. von der Nähe der Einwendenden zum beabsichtigten Bauvorhaben. Einwendungen und Beschwerden sind inhaltlich berechtigt, wenn durch baurechtliche Prüfung ein Verstoss gegen geltendes öffentliches Recht dargelegt werden kann. In vielen Fällen ist der Sachverhalt nicht eindeutig bzw. interpretationsbedürftig. Eine genaue Statistik wurde bis anhin nicht erhoben. In vielen Fällen sind Einwendungen gegen Bauvorhaben unberechtigt. Wenn die Bauvorschriften eingehalten werden, sind die Einwendungen abzuweisen.

Zur Frage 3: "Wie arbeitet die Stadt solche Fälle auf (Anpassung von Abläufen, Weiterbildung, etc.)?"

Die zuständige Abteilung bespricht im Rahmen von wöchentlichen Sitzungen die diskussionswürdigen Baugesuche bzw. deren Einwendungen. Zusätzlich werden im Rahmen von Workshops einzelne

Prozessabläufe gesondert und eingehend diskutiert. Im Jahr 2023 wurden drei solche Workshops durchgeführt. Im laufenden Jahr sind deren 10 geplant.

Zur Frage 4: "Wie hoch sind die jährlichen externen Rechtskosten, die der Stadt aus der Behandlung von Beschwerden/Einwendungen entstehen?"

Der Stadtrat bzw. die zuständige Abteilung lässt sich in Ausnahmefällen und nur bei sehr komplexen Fällen, bzw. Fragestellungen rechtlich beraten oder vertreten. In den letzten fünf Jahren wurde für die externe juristische Bearbeitung von Einwendungen rund CHF 10'000 ausgewiesen (Ø pro Jahr: CHF 2'000), für juristische Unterstützung bei Rechtsverfahren rund CHF 49'000 (Ø pro Jahr: CHF 10'000).

Zur Frage 5: "Wieso verzichtet die Stadt darauf, den Absender/innen einer Beschwerde/Einwendung den Empfang derselben zu bestätigen, zumal der Aufwand für ein Standardschreiben oder Standard-Antwort-Mail minim ist?"

Der Eingang einer Einwendung wird im Regelfall umgehend mit einem Standardschreiben bestätigt, und die Einwendung wird den Baugesuchstellenden innert Wochenfrist zur Stellungnahme zugestellt.

Bei Beanstandungen und Reklamationen ausserhalb der formellen Baugesuchsverfahren erfolgte eine angemessene Eingangsbestätigung und Bearbeitung der Anfrage in Ausnahmefällen spät oder erst nach entsprechendem Nachhaken. Diese Versäumnisse wurden erkannt und wurden von der zuständigen Abteilung thematisiert.

Zur Frage 6: "Was erachtet der Stadtrat als angemessene Frist, in der die Beschwerdeführer/Einwender mit einer Aufnahme ihrer Beschwerde/Einwendung rechnen dürfen?"

Gemäss aktuellem Prozessdiagramm der zuständigen Abteilung muss die Bestätigung von Einwendungen innert Wochenfrist erfolgen. Diese Frist wird in der Regel eingehalten. Wie vorgängig erwähnt, ist es bei Beanstandungen und Reklamationen zu Versäumnissen gekommen. Der Stadtrat erwartet auch in solchen Fällen eine angemessene Eingangsbestätigung innert Wochenfrist. Die inhaltliche Behandlung resp. Priorisierung des Geschäfts ist abhängig von dessen Dringlichkeit (Gefahr in Verzug), dessen Grösse und Komplexität und der personellen Ressourcen.

Zur Frage 7: "Wie nimmt der Stadtrat das Controlling von Beschwerden wahr? Zu welchem Zeitpunkt erfährt er von Beschwerden? Verfügt er über eine Übersicht über die Anzahl und Art der eingegangenen und ausstehenden Beschwerden und deren Bearbeitungsfristen?"

Im Rahmen der wöchentlichen Sitzung wird der Ressortvorsteher durch die Abteilungsleitung über die nennenswerten Vorkommnisse informiert. Über Einwendungen in formellen Baugesuchsverfahren wird der Ressortvorsteher laufend informiert, indem ihm die entsprechende Korrespondenz (Eingangsbestätigung, Stellungnahme etc.) in Kopie zugestellt wird. Üblicherweise werden Einwendungsverhandlungen durch den Ressortvorsteher geführt. Dies gilt meist auch bei Aussprachen infolge einer Reklamation oder Beanstandung. Sowohl Eingang und Art der Beschwerde und deren Bearbeitungsstand werden elektronisch erfasst. Das Prozessdiagramm des Bewilligungsprozesses wird zurzeit überarbeitet und laufend verbessert. Dies geschieht mit Unterstützung des Leiters "Digitale Transformation" der Stadtverwaltung Lenzburg.

Zur Frage 8: "Wie sind die Stellvertretungen in den zuständigen Abteilungen geregelt? Vermittelt die zuständige Abteilung ein kompetentes Bild nach aussen, wenn sie Verzögerungen mit Ferienabwesenheiten der zuständigen Person oder anderen (als wichtiger deklarierten) Arbeiten begründet?"

Wäre es nicht kundenorientiert und der Sache dienlicher, wenn den Beschwerdeführer/innen stattdessen verlässliche Termine genannt würden, wann sie mit einer Antwort rechnen dürfen?"

Für die Leitungsfunktionen gibt es in jeder Abteilung eine Stellvertretung. Insbesondere in den zuständigen Abteilungen ist auch für jeden Aufgabenbereich eine solche bestimmt. Eine Verzögerung einer Antwort aufgrund von Ferienabwesenheiten ist nicht im Sinne des Stadtrats.

III. Fazit

Der Stadtrat bedauert, dass die Stellvertreterrollen nicht immer wahrgenommen werden konnten und dass es in der Vergangenheit – insbesondere bei Beanstandungen und Reklamationen – zu Versäumnissen gekommen ist.

Abgesehen von dem regen Personalwechsel der letzten Jahre innerhalb der Abteilung sind aktuell ungenügend Personalressourcen vorhanden. Der Stadtrat hat das erkannt und ab April 2024 zwei zusätzliche Stellen beantragt. Diese wurde im Rahmen des Budget 2024 vom Einwohnerrat und den Stimmberechtigten gutgeheissen.

Wie eingangs erwähnt, ist es dem Stadtrat und der zuständigen Abteilung ein hohes Anliegen, die gemeinsamen Werte Achtsamkeit, Kompetenz, Leistung und Entwicklung in die Tat umzusetzen und jederzeit eine qualifizierte, fristgerechte und kundenorientierte Dienstleitung anzubieten. Er ist zuversichtlich, dass dies durch die stete Optimierung der internen Arbeitsabläufe und die zusätzlichen Ressourcen geschehen wird.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller (GLP): Auch hier bitte ich Corin um eine Stellungnahme.

Corin Balhaus (SVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Gäste, liebe Medienschaffende, ich danke dem Stadtrat und der Fachabteilung bei der Beantwortung meiner Anfrage im Umgang mit Einwendungen/Beschwerden bei Baugesuchen im vereinfachten Verfahren. Für das Protokoll präzisiere ich gerne, dass es nicht um eine Frage der SVP-Fraktion geht, sondern ich habe diese Frage an der Sitzung im September als Interessensvertreterin von Betroffenen gestellt. Diese haben ihren Unmut über die Bauverwaltung mit mir geteilt. Für dieses Vertrauen bin ich dankbar. Ich bedanke mich auch bei der AZ, welche im Nachgang an die Einwohnerratssitzung im September meine Anfrage publik gemacht hat. Dies hat weitere Einwender, Beschwerdeführer und Bauherren veranlasst, mir über deren Erfahrungen zu berichten. Einigen von diesen Betroffenen ist so nämlich auch klar geworden, dass sie kein Ausnahmefall sind, sondern dass sie Leidensgenossen haben.

Ich betone an dieser Stelle gerne noch einmal, dass ich mir nicht anmasse, die Fälle fachlich oder rechtlich zu beurteilen. Das überlasse ich den Fachleuten. Mir geht es vielmehr darum um die Art und Weise, wie man in den letzten Wochen, Monaten und Jahren mit all diesen Menschen umgesprungen ist.

Ich stelle fest, dies ist weit entfernt von dem, was das Prädikat kundenorientiert und die Begegnung auf Augenhöhe verdient. Dies sind Begriffe, welche man in der Verwaltung sehr häufig antrifft. Es widerspricht sogar in nicht wenigen Fällen dem Grundsatz einer Gleichbehandlung, wenn man die Fälle mal miteinander vergleicht. Ich finde, für eine Stadt in der Grösse und von der Bedeutung wie Lenzburg ist das unwürdig. So ein Verhalten zementiert die Vorwürfe, welche generell ja schon gegenüber von Bauverwaltungen bestehen und es ist definitiv eine ganz unschöne Visitenkarte für Lenzburg. Ich bin auch erstaunt, dass nach Fällen, in denen der Regierungsrat den Stadtrat gerügt hat und eine Spezialprüfung vom Bereich der GPFK seinerzeit angeregt wurde, bislang weder

Einwendungen noch Beschwerden systematisch erhoben wurden. Überraschenderweise macht der Stadtrat dann gleichwohl Aussagen zu der Anzahl von den Beschwerden und diese sind tatsächlich mit Vorsicht zu geniessen. Mir sind mindestens noch zwei weitere Beschwerden im vereinfachten Baugesuchsverfahren geschildert worden, welche noch keine 20 Jahre zurück liegen. Sicher, drei Wechsel in der Ressortleitung in fünf Jahren unzählige personelle Wechsel in der Fachabteilung sind in dieser Sache wirklich nicht förderlich gewesen. Die aktuelle Unterbesetzung in der Fachabteilung, von der wir heute Abend auch schon mehrfach gehört haben, macht es auch nicht gerade einfacher. Umgekehrt wissen wir auch alle, dass Bauherren und Einwender anspruchsvolle und nicht immer bequeme Kunden sind und nicht einfach zufriedenzustellen sind. Das scheint in der Natur des Geschäfts zu liegen. Und ja, es gibt sicher auch den einen oder anderen der sich im Ton vergreift. Ich bin froh, dass der Stadtrat und die Bauverwaltung sich mit ihrer Antwort offen dazu bekennen, dass ein Missstand besteht und dass dies kein Zustand ist, welchen man duldet. Auch über das Bekenntnis, dass Handlungsbedarf im Umgang mit dem Kunden besteht und jetzt konkrete Massnahmen für eine Verbesserung getroffen werden sollen, bin ich froh. Ich bedaure aber ausserordentlich, dass es für dieses öffentliche Bekenntnis, den Anstoss von aussen gebraucht hat. Als Kommunikationsspezialistin kann ich sagen, es ist immer zielführender, proaktiv zu kommunizieren, wenn etwas im Argen liegt und nicht zu warten, bis einem die Sache um die Ohren fliegt. Umso mehr hoffe ich, dass jetzt ernsthaft Gegensteuer gegeben wird, sonst würde ich auch nicht mehr ausschliessen, dass der eine oder andere Fall dann auch mal publik wird.

Ich könnte es den Betroffenen nicht verdenken, denn da sind wirklich teilweise die Grenzen überschritten worden. Dienlich wäre es der Sache nicht, da sind wir uns, glaube ich, einig. Genauso hoffe ich, dass Abläufe nicht nur definiert und überarbeitet werden, sondern dass sie auch gelebt werden und dass ein Monitoring und Controlling dieser Massnahmen stattfindet. Denken Sie bitte daran, Stadtrat und Bauverwaltung, die Kundenorientierung und Gleichbehandlung von Kunden lässt sich nicht über Abläufe verbessern. Kundenorientierung und Gleichbehandlung sind eine Grundeinstellung und diese wird man auch nicht einfach durch die Schaffung von zusätzlichen personellen Ressourcen herbeizaubern. Wenn man Kunden will, welche sich mit in ihren Anliegen ernstgenommen fühlen, dann kann ich nur empfehlen, sich mit den Betroffenen an den Tisch zu setzen und ihnen tatsächlich auf Augenhöhe zu begegnen. Da wird man ganz viele Anregungen erhalten. Ich wünsche dem Stadtrat und der Bauverwaltung jedenfalls eine aufschlussreiche Reise ins Land der Kunden und denken Sie daran, dass sie an diesen Versprechungen, welche sie jetzt gemacht haben, gemessen werden. Dann zum Schluss noch ein Wort zur Gleichbehandlung von Anfragen: All diese drei Anfragen sind im September an der Einwohnerratsitzung gestellt worden. Ich finde es eigenartig, wenn eine Anfrage schon schriftlich beantwortet wird und uns mit den Unterlagen zugestellt wird. Man konnte es sogar schon in der Zeitung lesen. Einige Leute hier drin, Gäste, Medienschaffende kennen die Antwort des Stadtrats und der Bauverwaltung noch nicht. Dies finde ich eigenartig in dieser Gleichbehandlung.

Einwohnerratspräsident Beat Hillier (GLP): Wir kommen noch zur dritten Anfrage. Dies war eine mündliche von Christina Bachmann-Roth, im Zusammenhang mit der Saviva. Diese wird ebenfalls mündlich durch Andi Schmid beantwortet.

9 (23/74) Mündliche Anfrage: Die Mitte: Saviva: Standortattraktivität: Beantwortung

Vizeamman Andreas Schmid: Ich übernehme dies gerne für den Stadtamman der sonst die Antwort gegeben hätte.

Gibt es Grundsätze, nach denen der Stadtrat seine Medienkommunikation ausrichtet?

Gemäss Kommunikationskonzept, welches am 27. April 2022 durch den SR verabschiedet wurde, richten wir unsere Kommunikation nach folgenden Grundsätzen aus:

1. Wir kommunizieren **«Intern»** vor **«Extern»**: Vorgesetzte mit einem zeitlichen Vorlauf und zusätzlichen Unterlagen informieren.
2. Wir informieren alle Anspruchsgruppen **neutral, offen, sachgerecht, zeitgerecht, angemessen und verständlich** über die Geschäfte der Stadt, welche von allgemeinem Interesse sind.
3. Wir vermitteln, wie und was wir tun, aber vor allem auch **warum** wir etwas tun (Nutzen bzw. Mehrwert aufzeigen). Wir **fokussieren** uns aufs Wesentliche (Vorgesetzte filtern bzw. reduzieren Informationen stufengerecht). Wir halten das **persönliche** Gespräch als Kanal hoch. Dialog schafft **Vertrauen** und **Nähe**: Vorgesetzte sind Schlüssel- bzw. Vertrauenspersonen.
4. Auch **kritische** und heikle Themen kommunizieren wir offen. Nicht alles, was wahr ist, muss gesagt werden, aber alles, was **gesagt** wird, muss **wahr** sein.

Welche Priorität hat die Beantwortung von Anfragen durch Medienschaffende?

Anfragen von Medienschaffenden, die direkt an die Abteilung Standortentwicklung & Kommunikation gerichtet werden, werden mit allerhöchster Priorität behandelt. Anfragen, die per Mail an unser Sammelpostfach geschickt werden, werden täglich gelesen. Die genannte Abteilung klärt die Fragen sofort nach Erhalt mit dem ressortverantwortlichen Stadtratsmitglied und/oder der entsprechenden Abteilungsleiter / der Abteilungsleiterin. Wird aufgrund der Komplexität der Anfrage klar, dass die Abklärungen länger dauern werden, so wird der Journalist / die Journalistin auf die mögliche Verzögerung einer Antwort hingewiesen.

Wie konnte es passieren, dass der Stadtrat der Aargauer Zeitung keine Auskunft geben konnte über die Massnahmen bzw. den Umgang mit der starken Erhöhung der Strompreise? Im Artikel vom 9. September 2023 stand, dass «aus Lenzburg keine Antwort eintraf».

Der Abteilung Standortentwicklung & Kommunikation lag keine entsprechende schriftliche Anfrage vor. Ebenso wurden wir nicht telefonisch kontaktiert – es ist eine reine Mutmassung: am 7. und 8. September fand die IT-Umstellung statt. Aufgrund dessen war die Stadtverwaltung geschlossen.

Nach welchen Kriterien wird entschieden, ob ein Geschäft im Stadtrat behandelt wird oder durch den Präsidenten allein beantwortet wird?

Ordentlich eingereichte Anträge und Geschäfte werden in der Regel

- *z.H. der Stadtratssitzung traktandiert, durch die entsprechende Fachabteilung abgehandelt und in Ausnahmefällen (Sponsoringanfragen, insbesondere bei angespannter Finanzlage) durch den Stadtamman direkt beantwortet.*

Hat der Stadtrat die besagten Unternehmer-Gespräche im Jahr 2023 aufgenommen?

Die Gespräche werden fürs 2024 geplant. Entsprechende Aufträge wurden intern bereits erteilt.

Wie stellt der Stadtrat sicher, dass nicht weitere Firmen Lenzburg verlassen oder nicht nach Lenzburg ziehen?

Firmenzuzüge wie Wegzüge erfolgen aus einer Kombination von unterschiedlichen Gründen, deshalb ist es wichtig mit den Betrieben in Kontakt zu sein und den Puls zu spüren und die Bedürfnisse und Herausforderungen zu kennen.

Jede noch so kleine Firma, die in Lenzburg angesiedelt ist oder sich ansiedeln will, leistet einen Mehrwert für die Stadt und die Region. Der Stadtrat hat für das kommende Jahr diverse Massnahmen in Erarbeitung, welche sich auf die Netzwerkpflge (Bestandespflege) wie auch auf die Wirtschaftsförderung konzentrieren.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller (GLP): Stellungnahme Christina Bachmann (Die Mitte)

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, liebe Gäste, liebe Medienschaffende, liebe Mitglieder der Verwaltung. Ich bitte zukünftig lieber um schriftliche Beantwortungen, dies ist ein guter Input von Corin. Ich habe auch gemerkt, dass vor allem eine gute Beziehung zum Stadtammann sehr wichtig ist. Der persönliche Kontakt wird sehr geschätzt, das finde ich ebenfalls gut, aber dennoch glaube ich, da gibt es auch einen gewissen institutionellen Umgang mit Firmen, welchen wir pflegen sollten. Insbesondere sehe ich da noch eine Herausforderung betreffend die Verantwortlichkeiten. Involviert ist auch noch der LLS und die Wirtschaftsförderung und eben die persönlichen Kontakte zu Stadträten. Auf jeden Fall glaube ich, dass wir dort schon darauf achten sollten, dass wir da sind und bereit sind, auch wenn man zuhause im Homeoffice arbeitet. Ein gewisser, institutionellen Umgang mit Firmen soll gepflegt werden. Da werde ich sicher weiter dranbleiben. Wie können wir schauen, dass es den Unternehmen hier gut geht. Es ist schon klar, das sind 10 %. Ich bin Unternehmerin und da schauen wir auch auf die Kleinen. Natürlich bin ich besorgt, wenn Firmen Lenzburg verlassen und finde, das darf nicht passieren. Da müssen wir alles darransetzen, dass dies nicht passiert. Ich habe da aber Vertrauen und hoffe man kann die Kommunikation ein bisschen verbessern. Ich glaube dies ist gut angelegt in dieser Kommunikationsgrundlage. Merci viel mal.

Stadträtin Barbara Portmann: Ich würde an dieser Stelle gerne noch eine weitere mündliche Anfrage von Christina beantworten betreffend dem Schwimmunterricht. Sie ist nicht so lang und komplex, dass man viel mitschreiben müsste.

Du hast dir Sorgen gemacht, dass der Schwimmunterricht allenfalls nicht aufrechterhalten werden könnte aufgrund eines Umbaus des Hallenbads Seon. Die Abklärungen, welche wir beim Gemeindevorstand Seon vorgenommen haben, haben ergeben, dass der Umbau den Schwimmunterricht auf jeden Fall nicht beeinträchtigt. Er betrifft nämlich den Umbau von Büro und Therapieräumlichkeiten also nicht in dem Sinne den eigentlichen Schwimmbereich. Die Frage war: Hat man die Verhandlungen für den regionalen Schwimmverband wieder aufgenommen, dann können wir ganz kurz und bündig sagen nein, hat man nicht. Dies ist im Moment für uns auch nicht eine vordringliche Problematik. Eine weitere Frage war, ob wir eine Erhöhung des Beitrags vorsehen würden, falls Seon auf uns zukommen würde. Da können wir sagen, Seon kam nicht auf uns zu und wir im Stadtrat sehen zurzeit keine Erhöhung vor. Der Beitrag wie er jetzt ist sehen wir als angemessen an. Zum Schluss

war noch die Frage, wie wir sicherstellen können, dass während der Bauphase der Schwimmunterricht stattfinden kann. Da erübrigt sich eine Antwort, denn es gibt keine Einschränkungen, denn das Bad und die Garderoben sind nicht betroffen. Im Übrigen noch der Hinweis, dass es auch eine Interpellation zum Thema Schwimmunterricht im Grossen Rat gegeben hat, welche der Regierungsrat im September beantwortet hat. Vielleicht ist der noch von Interesse zum Nachlesen.

10 Umfrage

Einwohnerratspräsident Beat Hiller (GLP): Wir kommen zum letzten Traktandum, Umfrage.

Marcel Strebel (FDP): Geschätzte Alle, ich bitte um Entschuldigung, dass ich euch nochmal aufhalten muss. Es geht mir um zwei Dinge. Anfang Jahr haben wir eine Medienmitteilung erhalten im Namen von Manuel Bruder zum Thema Digitalisierung. Das ist wunderbar und hat mich sehr gefreut. Erwähnt wurde die angeblich so fantastische Protokollierungssoftware. Ich glaube das war vor meiner Zeit im Rat schon immer ein wenig Thema, wie lange geht es bis wir das Protokoll erhalten. Wir haben es gehört, Sitzung im Oktober, Protokoll im Januar also knapp drei Monate. Von der Sitzung im Dezember habe ich bis heute noch kein Protokoll gesehen. Ich glaube die meisten meiner Ratskolleginnen und Kollegen über Parteigrenzen hinweg fragen sich, weshalb zahlt man eine Softwarelizenz, wenn man dann doch drei Monate auf das Protokoll warten muss.

Das zweite, was ich fragen möchte. Es liegt in der Natur der Politik, dass man sich über Parteigrenzen nicht immer einig ist. Aber wir haben es heute Abend gesehen, manchmal ist man sich von der einen bis zur anderen Seite einig. Thomas nochmal danke für dein Feedback zu der Antwort auf deine Anfrage. Du hast dort drin nebst vielen süffisanten und humorvollen Aussagen nämlich etwas ganz Wichtiges gesagt, was sich durch den ganzen heutigen Abend zieht, nämlich Kommunikation. Kommunikation ist ein angemessenes Mittel, um Missverständnisse auszuräumen, hat Franz Schmidberger mal gesagt. Wir haben auch von Andi gehört was die Kommunikationsgrundsätze sind, das ist alles spannend. Jetzt komme ich auf das eigentliche Geschäft Bahnhofstrasse. Auch hier ist es schade, hören nicht alle zu. Ich kann mich erinnern, Mige hat in der letzten Sitzung zwei Themen angesprochen. Weil er nach vorne ging, habe ich mir gedacht ich höre jetzt mal zu. Bei diesen zwei Themen rund um die Bahnhofstrasse ging es um die Bauverzögerung und die Qualität der Bushaltestelle. Ich erzähle euch jetzt ein paar Muster aus dem echten Leben was wirklich abgeht an der Bahnhofstrasse.

Was vielleicht noch wichtig ist, auf all diesen Papieren, welche da kommen ist das schöne Signet der Stadt Lenzburg drauf, nicht nur das von den Bauunternehmen. Es handelt sich also um die offizielle Kommunikation der Stadt Lenzburg. Am Donnerstag, 9. November ist ein Papier geschrieben worden, welches am Freitag, 10. November in den Briefkästen vom Angelrain, Turnerweg, Bahnhofstrasse 15, 13, 13A und 3 lag. Bahnhofstrasse 15, für diejenigen, welche es nicht wissen ist da wo Koni Bünzli, Altstadtrat sein Büro hat. Bahnhofstrasse 13 ist das Gebäude in dem ein Unternehmer drin war über den Eva Wanner zwischendurch schreibt, Namen möchte ich jetzt nicht nennen, in den Berichten geht es meist um ein Bundesgerichtsurteil. Am Freitag, 10. November hat man also diesen Anwohnenden kommuniziert, dass am Montag, 13. November, ab 7 Uhr morgens die Tiefgarage in der Bahnhofstrasse 15 nicht mehr bedient werden kann bzw. der Parkplatz nicht genutzt werden kann. Ich weiss, dass es in dieser Tiefgarage auch Personen vom Angelrain und der Bahnhofstrasse 13A hat. Jetzt ist ein Bewohner vom 13A am Freitagmorgen mit seinem Auto für ein

verlängertes Wochenende nach Deutschland gefahren und kommt am Montagabend nach Hause und kann nicht in seine Tiefgarage fahren, weil nicht zeitgerecht kommuniziert wurde.

Was Mige angesprochen hat betreffend der Bauverzögerungen, auch da kenne ich Beispiele und diese sind nicht aus dem familiären Umfeld, das ist mir ganz wichtig, ich weiss dies von Drittpersonen. Im Oktober sind anscheinend verschiedene Anfragen an die Abteilung Tiefbau und Verkehr gerichtet worden, mit der Vermutung es käme zu Bauverzögerungen. Dies wurde nicht beantwortet.

Mitte November gab es eine Nachfrage, und ja jetzt sind es familiäre Beziehungen, die Anfrage ging an die Bauunternehmung, per Zufall ein ehemaliger Mieter der Bahnhofstrasse 13. Dort gab es innerhalb von 24 Stunden eine Antwort, Ja wir haben Bauverzögerungen. Es wurde uns, bzw. dem Liegenschaftsbesitzer, Mitte November kommuniziert ja wir haben Bauverzögerungen. Von Seiten der Stadt hat man nicht aktiv kommuniziert, nein es brauchte die Anfrage hier im Einwohnerrat von Mige Häusermann. Er hat die Qualität der Bushaltestelle noch angesprochen, auch Iris Bachmann ist darauf eingestiegen. Am 12. Dezember, also zwei Wochen später, kam dann endlich eine offizielle Kommunikation: Ja wir haben Verzögerungen es dauert nochmal zwei bis drei Monate. Dies, obwohl man es schon zwei Monate vorher gewusst hat. Ich bitte um Entschuldigung für die langen Ausführungen, die Frage, die ich dazu habe, ist relativ einfach und kann mit einem Datum beantwortet werden, Wann ist der Stadtrat in Globo, und jetzt schaue ich noch den Leiter Stadtverwaltung an, ihm ist nämlich die Kommunikationsabteilung unterstellt, wann seid ihr bereit all das, was wir heute Abend gehört haben aktiv umzusetzen? Danke.

Andreas Schmid: Ich sage etwas dazu, allerdings nicht mit einem Datum. Wenn das in den Fällen, die du geschildert hast, effektiv so ablief dann gibt es da sicher Verbesserungsbedarf. Wir nehmen dies entsprechend entgegen und werden das in den Abteilungen prüfen und schauen was besser gemacht werden kann. Ich gebe dir recht, mit den Grundsätzen, welche wir im Kommunikationskonzept festgelegt haben, besteht in diesen Fällen sicher Handlungsbedarf. Wir nehmen das gerne mit und schauen, wie wir uns da verbessern können. Vielleicht noch zur Bahnhofstrasse, zur Anfrage von Mige betreffend die Fahrerinne welche wackelt. Diese wackelt aufgrund der Einbauweise, welche angewendet wurde. Man ist mit dem Bauunternehmen dran eine Lösung zu finden damit diese nicht mehr wackeln und wir eine intakte Bahnhofstrasse haben.

Christoph Nyfeler (FDP): Geschätzte Damen und Herren, leider muss ich mich meinem Vorredner anschliessen. Im Dezember 2021 hat das Quartier die Neumattstrasse, eine Petition unterschrieben, notabene haben sämtliche Anwohner unterschrieben, betreffend dem Durchfahrtsverbot Neumattstrasse. Dies insbesondere, weil die Neumattstrasse eher stark befahren wird von Personen aus Seon und den Quartieren aus Lenzburg. Doel hat in diesem Raum zwei Mal nachgefragt, wann kommt die Antwort vom Stadtrat, zwei Mal keine Antwort. Ich selbst habe im Oktober ebenfalls eine schriftliche Anfrage gestellt und auch keine Antwort erhalten. Dann ganz überraschend am 19. Dezember morgens um 5 Uhr ein Bericht auf AZ Online von Michael Hunziker. Natürlich haben wir dann von der Stadt auch ein Schreiben erhalten, jetzt kann man sich fragen war dies morgens um 5 Uhr schon im Briefkasten, Geschätzter Stadtrat, seit ich im Einwohnerrat bin reden wir von der Kommunikation. Ihr habt eine Petition eingereicht bekommen von Anwohnenden einer Strasse in der es um Sicherheitsbedenken geht, notabene sind drei der Unterzeichnenden im Einwohnerrat, und man hält es nicht für notwendig hier eine Antwort zu geben. Zwei Mal hat Doel nachgefragt und einmal ich, aber wir müssen die Antwort dann in der AZ lesen. Also bitte, wir können hier noch oft darüber reden, dass man an der Kommunikation arbeiten will. Seit 2019 hat man es nicht geschafft.

Weder der alte Stadtrat noch der neue Stadtrat. Das hinterlässt hier drin und auch bei der Lenzburger Bevölkerung ein ungutes Gefühl. Vor allem dann, wenn es um Sicherheit geht. Wer mir das jetzt nicht glaubt, der darf gerne am Freitag um 17 Uhr bei mir zum Aperó kommen und sich ein Bild über den Durchgangsverkehr machen.

Daniel Fréy (EVP): Geschätzte Anwesende, ich konnte einer regen Diskussion zur Schulraumplanung folgen. Es gab viele gute neue Ideen in diesem Raum. Ich bitte euch, liebe Kolleginnen und Kollegen tragt die Ideen zusammen. Ich glaube Alessandro ist offen für solche Ideen, auch wenn es zuerst verrückt klingt. So können wir unsere Stadt mitgestalten, ähnlich wie beim Bahnhof. Wir alle wissen was ein Bahnhof oder ein Schulhaus ist und haben vielleicht Ideen wie etwas optimiert werden kann. Arbeiten wir gemeinsam und gestalten gemeinsam unsere Stadt. So wie man es vor Wahlen zu hören bekommt. Vielen Dank und einen schönen Abend.

Thomas Schaer (SP): Ich möchte ganz kurz meinem Erstaunen Ausdruck verleihen. Ich weiss es ist jetzt die erste Sitzung in der zweiten Hälfte dieser Legislatur und ein Teil der Leute da oben ist neu im Amt.

Beim Traktandum 3 hat es einen Rückweisungsantrag gegeben, danach haben wir darüber abgestimmt. Beim Rückweisungsantrag ist die geschlossene Mitte EVP-Fraktion dafür gewesen und hat dann nachher den Antrag abgelehnt. Dies sind fünf Personen, genannt wurden aber vier.

Es war eine gute Situation, weil man die fünf locker hat zählen konnte. Wir wissen es alle, es schwirren immer mal wieder Zahlen hin und her. Aber wenn es so offensichtlich ist, müsste doch eigentlich richtig gezählt werden. Dies vielleicht als frommer Wunsch meinerseits.

Stadträtin Beatrice Taubert: Ich kann gerne etwas dazu sagen, es wurde falsch genannt, aber richtig aufgeschrieben. Ich habe es hier korrigiert. Es sind fünf notiert.

Christina Bachmann (Die Mitte): Guten Abend miteinander. Es ist eine mündliche Anfrage, welche ich schon geplant habe und deshalb stelle ich sie jetzt trotzdem. Wir haben am 11. Dezember in einem Beitrag von Herrn Hunziker in der AZ lesen können, dass die Zivilschutzanlage mit 150 Flüchtlingen nun in Betrieb genommen wurde. Ich möchte gerne wissen, wie ist das angelaufen? Es sind doch viele Menschen, welche da unterirdisch einquartiert wurden. Wie geht es denen? Kann man schon etwas dazu sagen?

Stadträtin Beatrice Taubert: Ich kann das gerne gleich beantworten. Mitte Dezember hat man die öffentliche Begehung zusammen mit dem Kanton gemacht. Der Kanton ist dort immer im Lead, er ist auch jetzt im Lead. Wir haben mit 300 interessierten Personen gerechnet, etwa 80 Personen waren anwesend. Es kam aber sehr gut an. Am Montag darauf, am 11. Dezember sind die ersten Personen eingezogen. Am ersten Tag 15 Personen, dann nochmal 15 und am dritten Tag ebenfalls 15. Der ORS hat dort die Betreuung und bis jetzt am letzten Wochenende hat unser Zivilschutz noch unterstützt in der Betreuung. Man hatte zuerst ein bisschen Bedenken wegen der Weihnachtszeit, aber es ist sehr gut angelaufen. Sie haben ein Programm gemacht mit diesen Leuten. Es sind vor allem junge Männer von diversen Ländern und das ist ein bisschen der Unterschied zwischen anderen Unterkünften. Da ist Konfliktpotenzial vorhanden. Der ORS geht da wirklich sehr gut damit um, und bisher musste erst einmal die Polizei ausrücken.

Ende Jahr sind es dann 71 Personen gewesen, welche dort einquartiert wurden. Wie richtig gesagt, wir haben 150 Plätze dort, die werden uns jetzt auch alle angerechnet in dem Kontingent für Asylsuchende, welches ständig steigt.

jetzt haben wir bereits ca. 95 Personen und es sieht nicht so aus, als würde es abnehmen. Es kommen laufend neue Leute. Der Kanton ist jetzt dran weitere 3 Unterkünfte bereitzustellen. Jetzt am 5. Februar wird die Nächste in Betrieb genommen und es werden noch einmal zwei bereitgestellt. Danach ist der Kanton ausgeschossen mit diesen unterirdischen Hilfsstellen, welche wir haben. Es sieht so aus, als würde uns das noch ein bisschen begleiten die nächste Zeit. Auf unserer Homepage kann man sich über die neusten Informationen informieren. Wir versuchen dies möglichst aktuell zu halten. Es gibt eine Begleitgruppe mit allen Leuten, welche involviert sind vom Kanton und auch vom Betreuungsdienst. Es gibt auch einen Sicherheitsdienst, welcher zum Rechten schaut. In der Begleitgruppe sind auch Vertreter von Vereinen dabei und wir suchen immer noch jemand als Vertreter der Nachbarschaft. Diese Begleitgruppe trifft sich alle vier bis sechs Wochen, jetzt war gerade im Januar die erste Sitzung.

Es läuft sehr gut im Moment und wir hoffen, dass es so bleibt. Auch die überirdischen Einrichtungen werden von den Männern gerne genutzt, da werden beispielsweise Toggelturniere veranstaltet oder auch mal draussen Fussball gespielt.

Stadtrat Sven Ammann: Ich habe nur schnell zwei Sätze dazu. Der Zivilschutz ist seit letztem Wochenende nicht mehr involviert. In der Anfangsphase haben sie zur Sicherheit beigetragen. Ich habe von unserem Kommandanten gehört er hätte wirklich ein motiviertes Team gehabt. Der Zivilschutz hat da sehr gut mitgemacht. Es gab auch keine Zwischenfälle, auch von Seiten der Polizei nicht. Auch von Seiten der Nachbarschaft habe ich nichts Negatives gehört. Das sind die Feedbacks, welche ich noch dazu beitragen kann.

Vizeamman Andreas Schmid: Ich habe noch eine Mitteilung des Stadtrats. Vorher bedanke ich mich aber noch, trotz der kontroversen Diskussionen, welche geführt wurden, für das Vertrauen gegenüber dem Stadtrat. Danke für das Vertrauen, dass wir die Geschäfte so wie wir sie heute vertreten haben auch umsetzen dürfen. Nun zu meiner Mitteilung. Diese Frage wurde uns auch schon gestellt, es ist nicht sehr erfreulich aber wir können euch hier wie folgt informieren. Es geht um das Rathaus,

Ihr habt über einen Verpflichtungskredit von rund CHF 1,5 Millionen entscheiden dürfen für eine Dach- und Fassadensanierung des Rathauses. Dann wurde durch ein Einwohnerratsmitglied festgestellt, dass nach den Sommerferien noch kein Gerüst stand obwohl man sagte man wolle schnell loslegen. Damals konnten wir noch nicht umfassend informieren, weil noch Abklärungen gemacht werden mussten. Diese Resultate liegen nun vor und es gibt auch einen Entscheid. Wir werden das Projekt Fassaden- und Dachsanierung Rathaus abbrechen und den Kredit so abrechnen mit den Planungskosten, die aufgelaufen sind. Wie kam es zu diesem Entschluss. Wir haben für dieses Sanierungsprojekt Fachplaner beigezogen, um das Projekt auszuarbeiten. Es wurden diverse Varianten angeschaut, auch was einen Dachstockausbau anbelangt. Wir wollten uns nichts verbauen, wenn man das Dach in Zukunft vielleicht auch mehr nutzen will. Die ganze Zustandserhebung wurde dadurch ein Stück weit vernachlässigt. Auch weil man keinen Projektierungskredit abgeholt hat, ist man auch in diesen Vorabklärungen limitiert. Man war aber der Meinung, und ist auch so beraten worden, dass diese rund CHF 1,5 Millionen gut gesichert sind. Aus diesem Grund haben wir den Kredit abgeholt, um diese Dach- und Fassadensanierung zu machen. Danach haben wir mit der Ausarbeitung des Bauprojekts gestartet. Als der Architekt mit dem Bauingenieur das Dach genauer

angeschaut hat, wurde festgestellt, dass das Dach in einem deutlich schlechteren Zustand ist als aus den ersten Untersuchungen hervor ging. Vielleicht kann man sagen das eine Gutachten zum Dach war ein bisschen zu positiv formuliert und das andere ein wenig zu negativ. Man kann sagen es war wie Tag und Nacht die beiden Einschätzungen der Experten. Dies hat uns dazu bewogen, bevor ein Entscheid gefällt wird, noch ein Drittgutachten einer namhaften Persönlichkeit einzuholen. Diese Person kennt den ganzen Kontext sowie Denkmalschutz sehr gut. Wir haben ein Gutachten erhalten, welches uns zeigt, dass wir keine Sofortmassnahmen im grossen Umfang einleiten müssen, sondern gewisse Dinge Instand stellen können.

Die Kernerkenntnis daraus war, dass es nicht angezeigt ist, die Dach- und Fassadensanierung oder vor allem die Dachsanierung anzugehen, ohne eine Gesamtsanierung des ganzen Hauses anzugehen. Dies war der entscheidende Punkt, an dem der Stadtrat gesagt hat, wir brechen das Projekt hier ab.

Wir werden die Dinge, welche gemacht werden müssen, aufgrund des Drittgutachtens, in Ordnung stellen damit die Sicherheit gegeben ist und der Unterhalt gemacht wurde. Was in der Kompetenz des Stadtrats liegt werden wir so entscheiden, wenn es eine zusätzliche Einwohnerratsvorlage braucht, werden wir diese erarbeiten.

Einwohnerratspräsident Beat Hiller (GLP): Wenn keine Mitteilungen mehr sind, bedanke ich mich ganz herzlich für diese Einwohnerratssitzung heute. Es wurde intensiv diskutiert, der Stadtrat hat die eine oder andere Schelte erhalten. Aber wie Andi es gesagt hat, es wurde offen diskutiert und ich hoffe, der Stadtrat nimmt gewisse Punkte ernst und verbessert diese, insbesondere im Kommunikationsbereich. Ich denke schon, dort hat es noch Potential. Aber dies ist ein generelles Problem in unserer hochdigitalisierten Gesellschaft.

Wir stehen vor den Sportferien, ich wünsche denjenigen, welche in die Berge gehen, schöne und unfallfreie Ferien. Vielen Dank.

NAMENS DES EINWOHNERRATS

Der Präsident:



Die Protokollführerin:

